

**BERNER**

# FREISINN

**Gemeinsam weiterkommen.**



**Individualbesteuerung zur Verwirklichung der Gleichstellung**

Nationalrätin Christa Markwalder erläutert den langen Weg des Anliegens.  
Seite 4

**«Die Politik ist unser aller Instrument»**

Die jungfreisinnige Berner Stadträtin Florence Schmid im Interview mit Lena Skoko.  
Seite 5

**Hommage à Albert Gobat**

André Tellenbach, président de la section Tramelan, sur la vie du lauréat du prix Nobel de la Paix et conseiller aux Etats PLR pour le canton de Berne.  
Page 6

**Schub für 5G**

Der Mobilfunkstandard 5G hat es in der Schweiz noch schwer, der Ausbau verläuft schleppend. Die FDP und insbesondere Ständerat Hans Wicki und Nationalrat Christian Wasserfallen engagieren sich für mehr Tempo.  
Seiten 10 und 11

**Digitale DV in Bern**



Delegierte sagen Ja zum Covid-19-Gesetz und Nein zu den beiden Agrarinitiativen.  
Seiten 20 und 21

## Ja zum Detailhandel

### Kantonale Volksabstimmung

Die FDP.Die Liberalen setzt sich in einem breiten Komitee mit 19 anderen Organisationen und politischen Parteien für mehr Jugendschutz und zwei zusätzliche Verkaufssonntage für das lokale Gewerbe ein.

# JA

zur Änderung des Gesetzes über Handel und Gewerbe

JA zur zeitgemässen Hauptvorlage des Grossen Rates

Diese Organisationen engagieren sich im Komitee

www.hauptvorlage.ch

Hauptvorlage

Stichfrage

Ja

Hauptvorlage

Eventualantrag

Am 7. März stimmen die Berner Stimmberechtigten über eine Änderung des kantonalen Gesetzes über Handel und Gewerbe ab. Neben der Hauptvorlage, die vom Grossen Rat mit 102 Ja- zu 44 Nein-Stimmen gutgeheissen wurde, kommt ein sogenannter Eventualantrag, eine Variante, an die Urne. Die Hauptvorlage beinhaltet neben dem unbestrittenen Jugendschutz im Sinne einer Gleich-

stellung der E-Zigaretten mit herkömmlichen Raucherwaren die Grundlage für zwei zusätzliche Sonntagsverkäufe pro Jahr für den Detailhandel. Im Kanton Bern sind bisher, mit Ausnahme betreffend einzelner Tourismusorte im Berner Oberland sowie Bahnhof- und Tankstellenshops,

*Fortsetzung auf Seite 3*

# Inhalt

- 3–7 Berner Freisinn
- 8/9 Blueprints:  
Wir halten unsere Taten fest
- 10/11 5G braucht mehr Schub
- 12 FDP Stäfa legt sich für  
die Renteninitiative ins Zeug
- 13 Initiative zur Einführung  
der Individualbesteuerung  
ist bereit
- 14 Vorschau auf  
die Frühlingssession
- 15 FDP Urban mit neuem Elan
- 16 Freihandelsabkommen  
mit Indonesien  
hat Pioniercharakter
- 17 Andrea Caroni  
zur Burkainitiative
- 18/19 Bundesrätin Karin Keller-Sutter  
im Interview
- 20/21 Digitale DV in Bern
- 22 Gastbeitrag von Philipp Eng
- 23 Vermischtes



## Liebe Freisinnige

Die Corona-Krise dauert nun bereits fast ein Jahr. Damit wir endlich aus der Krise herauskommen, sind nun drei Dinge wichtig:

**1. Schützen:** Wir müssen das Ansteckungsniveau und die Ansteckungsdynamik tief halten. Dies erreichen wir, indem wir uns alle nochmals einen Ruck geben und die Verhaltens- und Hygieneregeln einhalten. Im Gegenzug ist der Bundesrat in der Pflicht, dass er die richtigen Verhaltensanreize setzt.

**2. Entschädigen:** Diejenigen Unternehmen, die ihren Betrieb aufgrund der Entscheide des Bundesrates schliessen mussten, müssen die Soforthilfe nun schnell ausbezahlt erhalten. Nur so kann unsere Wirtschaft diese Krise meistern, und die Arbeitsplätze können gesichert werden.

**3. Impfen:** Das einzige Mittel, das wir haben, um das Virus zu stoppen, ist der Impfstoff. Wir müssen dafür sorgen, dass alle, die sich impfen lassen wollen, dies so schnell wie möglich tun können. So erreichen wir bis im Sommer die Herdenimmunität und können endlich zur Normalität zurückkehren. Dabei sind die Risikogruppen und das Gesundheitspersonal natürlich prioritär zu behandeln.

## Wirtschaft und Ökologie nicht gegeneinander ausspielen

Die akute Krisenbekämpfung ist wichtig. Es ist aber auch unsere Pflicht, jetzt damit zu beginnen, die Weichen für die Zeit nach dieser Krise richtig

zu stellen. Dazu gehört auch, dass wir unseren Kindern und Enkelkindern eine intakte Lebensgrundlage hinterlassen. Das erreichen wir aber nur, wenn wir Wirtschaft und Ökologie nicht gegeneinander ausspielen. In diesem Sinne haben wir Blueprints.ch lanciert. Lesen Sie mehr dazu auf den in unserem Schwerpunkt.

## Nutzen Sie Ihr Stimmrecht!

Unserer gebeutelten Wirtschaft können wir auch auf zusätzlichen Wegen helfen: Wir können ihr mit dem Freihandelsabkommen mit Indonesien, über das wir am 7. März 2021 abstimmen, neue Wachstumsimpulse geben. Mit einem Ja zum E-ID Gesetz können wir den Standort Schweiz stärken und die Digitalisierung vorantreiben. Und mit einem Nein zur Burkainitiative verhindern wir, dass unsere bereits stark gebeutelte Tourismusbranche nicht mit illiberalen Kleidervorschriften noch weiteren Schaden erleidet. Informieren Sie sich in der aktuellen Ausgabe im Detail über die Abstimmungsvorlagen und gehen Sie im Anschluss an die Urne. Damit können Sie einen wichtigen Beitrag leisten, dass wir jetzt die richtigen Weichen für die Zukunft stellen.

Nun wünsche ich Ihnen viel Vergnügen bei der Lektüre dieser neuen Freisinn-Ausgabe!

Ihre Petra Gössi  
Präsidentin FDP.Die Liberalen Schweiz

Fortsetzung von Seite 1

lediglich zwei Sonntagsverkäufe erlaubt. Mit der Hauptvorlage würde die maximale Anzahl von Sonntagsverkäufen pro Jahr auf vier erhöht. Der Kanton Bern würde damit mit der Regelung in anderen Kantonen gleichziehen.

Die Erhöhung von zwei auf vier Verkaufssonntage geht auf eine Motion der FDP-Fraktion (Hans-Rudolf Saxer und dem Schreibenden) zurück, welche im Frühling 2019 unter dem Titel «Ein kleiner Schritt zu mehr Kundenfreundlichkeit» eingereicht wurde. Die in der Motion ebenfalls enthaltene Forderung, die Ladenöffnungszeiten an Samstagen und vor öffentlichen Feiertagen von bisher 17.00 Uhr auf 18.00 Uhr auszudehnen, fand im Kantonsparlament zwar eine Mehrheit, scheiterte dann aber im Rahmen der grossrätlichen Umsetzung.

Die FDP. Die Liberalen engagieren sich mit 19 anderen Organisationen und politischen Parteien für die Hauptvorlage des Grossen Rates. Im Komitee sind die Innenstadtorganisationen der fünf grössten Städte, sechs Wirtschaftsverbände, vier Jungparteien und fünf politische Parteien vertreten. Die FDP-Grossratsfraktion hat sich einstimmig für die Hauptvorlage ausgesprochen. Die kantonalen Delegierten haben am 3. Februar mit 108:6

sehr deutlich die Ja-Parole zur Hauptvorlage gefasst. Für den Eventualantrag wurde Stimmfreigabe beschlossen.

Aus freisinnig-liberaler Sicht spricht vor allem die Stärkung des Detailhandels und des lokalen Gewerbes für die Hauptvorlage. Zwei zusätzliche Verkaufssonntage sind eine Chance, um unsere Ortszentren zu beleben und mehr Einkaufserlebnisse zu schaffen. Lokale Läden profitieren von mehr Kundschaft, im Gegensatz zum Onlinehandel werden wichtige Arbeitsplätze in der Region gesichert und geschaffen. Gleichzeitig bieten Sonntagsverkäufe wichtige Perspektiven für das Verkaufspersonal. Bei Sonntagsarbeit ist ein gesetzlicher Lohnzuschlag von mindestens 50 Prozent geschuldet, ohne dass sich die wöchentliche Arbeitszeit verlängert. Die Freizeit unter der Woche kann zum Beispiel für die Familie oder eine Ausbildung genutzt werden. An hohen Feiertagen wie Weihnachten und Ostern dürften wie bisher keine Sonntagsverkäufe stattfinden.

Die Hauptvorlage ist ein Ja zu einem verstärkten Jugendschutz und zu mehr Gewerbefreiheit. Die veränderten Einkaufsgewohnheiten und die Sicherung von Arbeitsplätzen in den Regionen sprechen klar für die Hauptvorlage. Die Dörfer und Innenstädte werden attraktiver und den lokalen KMUs wird der Rücken gestärkt. Schliesslich handelt es



Adrian Haas

sich um eine massvolle Lockerung, und Sonntagsverkäufe bleiben freiwillig.

Die Grossratsfraktion und die Kantonalpartei empfehlen Ihnen aus diesen Gründen, am 7. März ein Ja zur Hauptvorlage in die Urne zu legen und bei der Stichfrage das Kreuz bei der Hauptvorlage zu machen.

**Adrian Haas, Grossrat und  
Vizepräsident FDP Kanton Bern, Bern**

Mehr Argumente unter: [www.hauptvorlage.ch](http://www.hauptvorlage.ch)

## FDP-Grossratsfraktion

# Ein Viertel heisst Peter

In der FDP-Grossratsfraktion kommt es gleich zu zwei Wechseln: Peter Bohnenblust folgt auf Peter Moser und Peter Haudenschild folgt auf Marianne Teuscher-Abts. Der Bestand an Peters in der Fraktion erhöht sich damit von 4 auf 5 (den Hans-Peter nicht mitgezählt). Das heisst, fortan hört jedes vierte Grossratsmitglied der FDP auf den Namen Peter.

Peter Moser vertrat die FDP im Grossen Rat fast 23 Jahre lang. Der ehemalige Bieler Transportunternehmer engagierte sich in verschiedenen Kommissionen und mit über 60 Vorstössen in den Bereichen Verkehr, Entsorgung, Energie, Umwelt und

Regionalpolitik. Als erster Ersatz auf der Wahlliste rückt Peter Bohnenblust nach. Der ehemalige Staatsanwalt politisiert seit über 20 Jahren in der Stadt Biel (1989 bis 2000 und seit 2013 Stadtrat / 2001 bis 2004 Gemeinderat).

Die Roggwiler Gemeinderätin Marianne Teuscher-Abts gehörte dem Kantonsparlament seit Mai 2016 an. Die diplomierte Physiotherapeutin setzte sich insbesondere in der Gesundheits- und Sozialpolitik ein. Sie war Mitunterzeichnerin verschiedener Vorstösse in den Bereichen Gesundheit, Pflege, Asyl, Menschenhandel und Pflanzenschutz. Für sie rückt der Niederbipper Holzbauunternehmer Peter Haudenschild nach, welcher von 2013 bis 2016 Gemeindepräsident seiner Wohngemeinde war.



Peter Bohnenblust



Peter Moser



Peter Haudenschild



Marianne Teuscher-Abts

## Parolen der Berner FDP für die Volksabstimmungen vom 7. März 2021

Änderung des Gesetzes über Handel und Gewerbe

- JA zur Hauptvorlage
- Stimmfreigabe zum Eventualantrag

NEIN zur Volksinitiative  
«Ja zum Verhüllungsverbot»

JA zum Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienst (E-ID-Gesetz)

JA zum Bundesbeschluss über die Genehmigung des umfassenden Wirtschaftspartnerschaftsabkommens zwischen den EFTA-Staaten und Indonesien

FDP Frauen Kanton Bern

## Individualbesteuerung zur Verwirklichung der Gleichstellung

Mit einem lachenden und einem weinenden Auge haben wir kürzlich das Jubiläum zur Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Frauen auf eidgenössischer Ebene gefeiert. Wenn auch die Frauen rechtlich inzwischen gleichgestellt sind, hapert die tatsächliche Gleichstellung in der Gesellschaft nach wie vor. Mit ein Grund dafür ist unser Steuersystem, das das traditionelle Familienmodell der «Ein-Ernährer-Familie» steuerlich fördert. Deshalb lancieren die FDP. Die Liberalen Frauen Schweiz nun eine Volksinitiative zur Einführung der Individualbesteuerung in der Schweiz.

Das lachende Auge beim 50-Jahr-Jubiläum der Annahme des Frauenstimm- und -wahlrechts vom 7. Februar 1971 bezog sich auf einen fundamental wegweisenden Gleichstellungsschritt für die Frauen, die seither hinsichtlich ihrer Rechte den Männern schrittweise gleichgestellt wurden (z.B. durch die Reformen im Eherecht, Scheidungsrecht oder Namensrecht). Das weinende Auge hingegen wirft den Blick auf den Fakt, dass die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern in unserer Gesellschaft nach wie vor nicht erreicht ist (z.B. hinsichtlich politischer Vertretung, Lohngleichheit, Anteil der Frauen in Führungspositionen etc.). Ein essenzieller Hinderungsgrund ist unser Steuersystem, das die Arbeit von verheirateten Paaren so stark besteuert, dass sich ein zusätzlicher Zweitverdienst aufgrund der steigenden Progression oft nicht lohnt. Kommt hinzu, dass die Kinderbetreuungskosten in der Schweiz sehr hoch sind. Hier soll mit meiner parlamentarischen Initiative 20.455 «Steuerliche Entlastung für fami-

lienexterne Kinderbetreuung bis 25 000 Franken pro Kind und Jahr» Abhilfe geschaffen werden. Sie wurde von den zuständigen Kommissionen angenommen, ist aber im Parlament noch hängig.

Die Individualbesteuerung lässt in der Schweiz schon lange auf sich warten. Bereits Ende 90er-Jahre wurden parlamentarische Vorstösse eingereicht, die einen Systemwechsel hin zur Individualbesteuerung von Ehepaaren forderten. Eine dahingehende Motion der FDP-Fraktion aus dem Jahr 2004 wurde von beiden Räten an den Bundesrat überwiesen. Im März 2016 hat sich der Nationalrat erneut für die Individualbesteuerung ausgesprochen. Damit würde auch die sogenannte «Heiratsstrafe» abgeschafft. Doch Bundesrat und Ständerat wehrten sich dagegen. Im Juni 2019 doppelte ich mit einer neuen Motion 19.3630 «Individualbesteuerung endlich auch in der Schweiz einführen» nach. Während des Frauenstreiktags habe ich für dieses Anliegen fleissig Unterschriften im Ratssaal gesammelt, so dass am Ende 103 Ratsmitglieder aus den verschiedensten Parteien mitunterzeichneten. Obwohl eine absolute Mehrheit des Nationalrats die Forderung unterstützte, beantragt der Bundesrat dem Parlament die Ablehnung der Motion. Endlich ist der Vorstoss nun in der kommenden Frühlingssession traktandiert.

Den freisinnigen Frauen ist inzwischen der Geduldsfaden gerissen, weshalb wir eine Volksinitiative zur Einführung der Individualbesteuerung anlässlich des internationalen Tags der Frau am 8. März lancieren. Landeten bisher sämtliche Vorstösse in den Schubladen der Verwaltung, soll nun



Christa Markwalder

eine einfache Verfassungsgrundlage für die Einführung der Individualbesteuerung geschaffen werden: «Natürliche Personen werden unabhängig von ihrem Zivilstand besteuert.» Helfen auch Sie mit, dass diese Initiative möglichst rasch zustande kommt und wir auf dem Weg zur Gleichstellung einen wichtigen Schritt weiterkommen.

**Christa Markwalder**  
Nationalrätin FDP, Burgdorf

[www.individualbesteuerung.ch](http://www.individualbesteuerung.ch)

Gemeindewahlen

## Die FDP gewinnt sieben neue Gemeindepräsidenten

Bei den Gemeindewahlen im vergangenen Herbst/Winter konnte die FDP gleich in sieben Gemeinden neu das Gemeindepräsidium erobern. Die Kantonalpartei gratuliert zur erfolgreichen Wahl!



Adrian Hutzli  
in Täuffelen



Andreas Wyss  
in Kirchberg



Jürg Lüthi  
in Thurnen



Manuel Liechti  
in Wattenwil



Rolf Herren  
in Wilderswil  
(parteilos auf FDP-Liste)



Sandra Sommer  
in Wynigen



Philippe Ritschard  
in Interlaken

Interview mit Florence Schmid und Lena Skoko

## «Die Politik ist unser aller Instrument»

Der 29. November 2020 war ein historischer Tag für die Jungfreisinnigen der Stadt Bern. Denn sie konnten nach 12 Jahren den langersehnten Stadtratssitz zurückerobern. Seit dem 1. Januar 2021 ist Florence «Flo» Schmid offiziell im Amt. Doch wer ist die Jungfreisinnige und was sind ihre Ziele?

Florence Schmid und Runner-up Lena Skoko haben sich gegenseitig interviewt. In der aktuellen Ausgabe erscheinen Lenas Fragen an Florence und ihre Antworten. Das umgekehrte Interview folgt in der übernächsten Ausgabe des «Berner Freisinn».

**Flo, wie war deine erste Stadtratssitzung?** Aufregend! Es fanden vor allem Wahlen (des Stadtratspräsidenten und der Kommissionsmitglieder) statt. Sachliches wurde noch wenig besprochen. Und das war ehrlich gesagt gut so: Im Berner Stadtrat sitzen viele bekannte Gesichter, und die Presse war da. Am Anfang war das für mich ziemlich surreal. Ich durfte also die erste Sitzung dafür nutzen, meine Freude und die daraus resultierende Motivation, dass ich nun im Parlament der Bundesstadt mitwirken darf, fassen und bündeln zu können.

**Im Stadtrat sind 80 Personen vertreten. Manche kanntest du schon vorher, viele sind dir unbekannt. Freust du dich auf die Unbekannten?** Ich freue mich auf alle Stadtratskolleg\*innen. Auch auf die Personen der anderen Lager und vor allem deren Ansichten: Als Mittelpolitikerin sehe ich mich in der Pflicht, alle Seiten eines Problems zu kennen, damit eine optimale Lösung dafür gefunden oder unterstützt werden kann. Damit ich die Seiten also kenne, bin ich auf meine Stadtratskolleg\*innen – und viele interessante Diskussionen mit ihnen – angewiesen.

**Denkst du, dass du wegen des neuen Sitzes des Jungfreisinns besonders aufgefallen bist?** Ich denke nicht. Im Stadtrat sind fast von allen grossen Parteien auch Mitglieder von deren Jungparteien vertreten, deshalb ist das eigentlich nichts Aussergewöhnliches. Es war einfach höchste Zeit, dass auch der Jungfreisinn wieder einen Sitz im Stadtrat hat.

**Was möchtest du in der Stadt Bern bewirken?** Ich möchte mich dafür einsetzen, dass mit unseren Ressourcen – seien es Steuergelder und Gebühren, Boden, Zeit, Bildung ... – bewusster, nachhaltiger, vorausschauender und innovativer umgegangen wird. So, dass zum Beispiel in 25 Jahren nicht wieder fast alle Schulhäuser unserer Stadt «auf ei Chlapf» um- oder neugebaut werden müssen; dass unsere vergleichsweise sehr hohe Steuerlast gesenkt und auf mehr Schultern verteilt werden kann. Dass Unternehmen verschiedener Branchen Bern

wieder als attraktiven Standort empfinden können. Dass Dienstleistung in der Verwaltung selbstverständlich wird ...

**Denkst du, dass du als Liberale in der Stadt Bern überhaupt gehört wirst?** Ich und die Fraktion werden dafür sorgen!

**Die Politik der Stadt Bern ist dafür bekannt, angriffig zu sein – siehst du dich selber auch als angriffig?** Ich bin gar nicht angriffig, sondern vielmehr sehr harmoniebedürftig. Das Harmoniebedürfnis hindert mich aber gar nicht daran, meine Meinung kundzutun und mich durchzusetzen. Ich kann und möchte der Harmonie wegen aber möglichst nie auf persönlicher Ebene streiten, sondern stets sachlich bleiben.

**Der Wahlslogan der Jungfreisinnigen – «Blaues Update gegen das rot-grüne Virus» war umstritten. Und doch konnte man (damit?) einen Sitz gewinnen. Wie provokativ darf Politik für sich sein?** Ob wir wegen des – weil diffamierend für mich – provokativen Wahlslogans einen Sitz im Stadtrat gewonnen haben, kann ich nicht beurteilen. Wir waren deswegen aber sicher im Gespräch. Und ich befürchte, dass die Politik in unserer reizüberfluteten Welt tatsächlich bloss noch ob Provokation wahrgenommen wird. Folglich muss Politik zu einem Stück weit provokativ sein. Am liebsten wäre mir aber natürlich, wenn sie das nicht sein müsste: Die Politik ist unser aller Instrument, mit dem wir unser Zusammenleben gestalten. Provokation ist laut und einseitig; ein Schlagzeug allein wäre keine erfolgreiche Band ...

**Was würdest du jungen Menschen raten, welche in die Politik einsteigen möchten?** An Parteiversammlungen zu gehen und herauszufinden, welche Partei einem am ehesten entspricht. Wenn man mal seine politische Familie gefunden hat, wird man – zumindest beim jf und bei der FDP – sehr gut an der Hand genommen und den anderen Mitgliedern vorgestellt bzw. mit ihnen vernetzt. Will man sich dann engagieren, kann man das vom ersten Tag an tun. Es engagieren sich leider zu wenig junge Menschen politisch, jede\*r Engagierte ist also eine Bereicherung!

**Und neben der Politik: Wie verbringst du deine Freizeit am liebsten?** Da ich neben der Politik und mei-



Lena Skoko (links) und Stadträtin Florence Schmid im Gespräch.

ner Arbeit zurzeit noch die Ausbildung zur dipl. Steuerexpertin mache, habe ich ehrlich gesagt nicht mehr so viel übrige Freizeit. Diese verbringe ich am liebsten zusammen mit meiner Familie und meinen Freunden, zum Beispiel mit Spieleabenden. Und es reicht immer für eine Joggingrunde im Wald, für Bergwanderungen und dafür, viele Kuchen zu backen – am liebsten Himbeerquarktorte. Nach Corona wird man mich schliesslich auch wieder an vielen Konzerten von Gitarre spielenden Singer- und Songwritern antreffen.

**Wenn du nicht deinen Hobbys nachgehst, arbeitest du als Juristin im Steuerbereich. Ist das dein Traumberuf?** Ich wollte eigentlich immer eine berühmte Opernsängerin werden. Das ist aber (natürlich nur) an meiner fürchterlichen Prüfungsangst gescheitert. Ich habe deshalb am Ende vom «Gymi» meine doch vielen Interessen und meine liebsten Tätigkeiten (vor allem mein Interesse für Mensch und Gesellschaft und meine Leidenschaft für das Schreiben) auf einen Haufen gepackt und festgestellt, dass nur Jus derart vielseitig ist, um alle diese Interessen abzudecken. Auf die gleiche Weise fand ich dann heraus, dass ich mich im Steuerrecht spezialisieren möchte: Das Steuerrecht ist mit allen Lebensbereichen, von der Geburt bis zum Tod hin, verknüpft. Und es setzt gute Kompetenzen in allen anderen juristischen Disziplinen voraus. Das gefällt mir sehr.

**Wenn ich mir Jurist\*innen vorstelle, sehe ich jemanden sehr Seriöses vor mir. Deshalb diese Abschlussfrage als logische Konsequenz davon: Hast du «guilty pleasures»?** Kennst du das Phänomen der Überkompensation? Ich kenne wenige Jurist\*innen, die auch in ihrer Freizeit seriös sind. Jedenfalls liefert mir Disney die besten Soundtracks für meine Intervallläufe, ich liebe Rotwein und das Gefühl, wenn das Flugzeug abhebt (dafür habe ich auch schon extra Flüge mit Zwischenlandung gewählt). Und last but not least hat mir meine englische Grossmutter ein Faible für schwarzen Humor mitgegeben.

# Hommage à Albert Gobat

Prix Nobel de la Paix 1902, conseiller aux Etats PLR

Au vu de la récente création à Tramelan d'une «Fondation Gobat pour la Paix» soutenue par le Grand Conseil du Canton de Berne et la grande majorité des Communes du Jura bernois, il est peut-être bon de faire connaître un peu mieux la personnalité du libéral-radical tramelot qui a reçu, conjointement à Elie Ducommun, le Prix Nobel de la Paix en 1902.

Albert Gobat naît à Tramelan le 21 mai 1843, il est fils du pasteur Philibert Gobat.

Il suit l'école primaire à Tramelan puis l'internat près de Stuttgart et le Progymnase de La Neuveville. Il passe sa maturité à Bâle en 1862 et entreprend des études de droit à Bâle, Heidelberg et Paris pour obtenir son brevet d'avocat. Après quelques années de pratique et d'enseignement à Berne, il reprend en 1868 l'étude de notaire du conseiller national radical Carlin à Delémont. C'est à cette époque qu'il rencontre Elie Ducommun et devient membre du parti radical démocratique. Il se marie dans cette ville où naissent ses 4 enfants.

La guerre franco-allemande de 1870 qui voit l'annexion par la Prusse de l'Alsace et de la Lorraine le marque durablement.

La famille Gobat a certainement été influencée par l'évènement qui se produit à Tramelan en 1839, à savoir le grand incendie qui a réduit en cendres une quinzaine de maisons, dont l'école et l'église dans laquelle les archives de la paroisse, de la commune et de la bourgeoisie étaient entreposées. Le pasteur Gobat fut chargé des nombreuses tâches liées aux sans-abri et aux projets de reconstruction.

Un grand élan de solidarité s'est développé dans le village et a eu un fort impact sur le développement économique qui a suivi avec notamment le doublement de la population au cours du demi-siècle suivant!

Il est élu député au printemps 1882 par les citoyens de son district natal et est nommé conseiller d'Etat en juillet de la même année. Il remplit cette tâche durant 30 ans, soit jusqu'en juillet 1912; il préside 3 fois le Gouvernement cantonal bernois.

Il s'occupe notamment de la Direction de l'instruction publique où il est chargé

de l'organisation de l'enseignement laïque et encourage la création d'écoles professionnelles tout en améliorant la formation du corps enseignant, ceci en éditant une nouvelle loi sur l'école primaire.

Dès 1906, il reprend la Direction de l'Intérieur où il s'attaque au paupérisme, à l'alcoolisme et fait face aux conflits sociaux en défendant fermement la loi sur la protection des ouvrières de 1908 qui interdisait le travail des femmes au-delà de huit heures du soir.

Il a une influence prépondérante dans l'élaboration de la constitution cantonale bernoise de 1893.



Albert Gobat déploie également une grande activité dans les deux Chambres de l'Assemblée fédérale où il est nommé en tant que conseiller des Etats en 1884; il occupe pendant 6 ans un des deux sièges dévolus au canton de Berne.

En 1890, le corps électoral du Jura bernois l'envoie siéger au Conseil national dont il est un membre éminent jusqu'à son décès!

Il retrouve entre 1896 et 1912, sur les bancs du parti radical, son ami de Tramelan Virgile Rossel qui, ayant suivi la même formation, fut un des auteurs du Code civil suisse avant d'être élu en 1912 au Tribunal Fédéral, qu'il présida en 1929!

Parmi ses nombreuses interventions au Parlement fédéral, on peut citer la motion déposée en mars 1892 conçue ainsi:

«Le Conseil fédéral est sollicité pour une entente internationale, analogue à la Convention de Genève, pour la protection en temps de guerre des édifices publics consacrés à l'instruction et ceux abritant des collections scientifique et artistiques dus aux efforts individuels dans chaque nation qui témoignaient ainsi des aspirations des peuples envers tout ce qui est beau grand et noble»

Cette motion généreuse, restant d'actualité, fut approuvée par le Conseil national.

Il participe dès 1891 aux conférences de l'Union interparlementaire dont il devient rapidement secrétaire général puis président. Il instaure un bureau permanent pour organiser avec sa fille Marguerite les bulletins d'information et les manifestations; il propose notamment la création d'une Cour internationale permanente d'arbitrage pour statuer sur tous les conflits entre nations.

Le problème du maintien de la Paix en Europe le préoccupe fortement depuis l'annexion de l'Alsace et la Lorraine, source de tensions et de guerre potentielle.

Il condamne publiquement les expéditions coloniales. Son pacifisme ne s'oppose pas à la défense nationale de la Confédération: il l'admet comme légitime pour un pays neutre et démocratique.

Albert Gobat est, dès 1889, parmi les fondateurs du Bureau international de la paix (BIP) avec siège établi à Berne. Les tâches d'organisation des congrès et de la direction furent confiées dès 1892 à Elie Ducommun. Il était financé par des dons privés, des contributions de pacifistes puis également par des subventions publiques de Suisse, Norvège et Danemark. C'est pour ces activités, bénévoles, qu'Albert Gobat et Elie Ducommun reçoivent conjointement en 1902, le Prix Nobel de la Paix ce qui leur permet d'acheter, pour

exercer leurs activités, un immeuble de Berne à la Kanonenweg!

En 1904, il rencontre le président des Etats-Unis, Th. Roosevelt pour lui présenter une pétition relative à la convocation d'une seconde Conférence de la Haye visant à promouvoir l'arbitrage international. Elle fut accueillie très favorablement par le locataire de la Maison Blanche.

Après le décès de son ami Ducommun en 1906, Albert Gobat reprend les rênes du BIP, association qui fut honorée du même prix Nobel en 1910!

Il sent monter le péril en Europe et prononce un vibrant appel en faveur de la paix entre les peuples pouvant décider du destin de notre continent et publie un remarquable ouvrage «Le Cauchemar de L'Europe». Ce dernier précise: «La fédération et l'arbitrage international obligatoires sont des moyens radicaux d'organisation de la Paix.» Il veut également dénoncer les intrigues nationalistes et les rivalités économiques qui menacent l'avenir de l'Europe, tout en présentant la Suisse pluriculturelle de ses vingt-deux cantons.

Malgré son inlassable activité publique en tant qu'homme d'État en faveur de l'intérêt général, pour preuve sa maxime «Tout pour le peuple», il est resté très attaché aux lieux de son enfance: Tramelan, son école, ses prés et forêts, Crémines, sa commune d'origine où habite son oncle.

Il participe volontiers aux fêtes et manifestations locales et régionales, notamment (Fête des Eaux à Tramelan, inaugurations du funiculaire de St-Imier-Mt-Soleil et de la ligne de Chemin de Fer Saignelégier-Glovelier).

Il a également été membre du Conseil d'administration des CFF.

Albert Gobat avait coutume de dire, parlant des relations entre le Jura bernois et l'ancien canton, «Berne nous est nécessaire et nous lui sommes nécessaires. Seulement il faut quelquefois leur montrer les dents, à ces Bernois».

Au matin du 16 mars 1914, à Berne en pleine séance de comité du BIP, il décède subitement d'une attaque d'apoplexie.

Lors de ses obsèques, les hommages rendus sont unanimes: c'était une des figures les plus marquantes venues au pacifisme. On salua sa vigueur physique et morale, la dignité de sa vie consacrée largement à l'idéal humain qui est d'assurer la paix entre les peuples. Le parlement suisse perd un de ses doyens les plus en vue, figure intéressante et originale au caractère ferme, désintéressé et généreux.

Puisse son travail infatigable qui lui valut le Prix Nobel de la Paix, rejaillir encore longtemps sur la Suisse, le canton de Berne et Tramelan, son village natal.

**André Tellenbach**  
Président PLR Tramelan

Groupe Libéral-Radical Romand de Berne et environs

## Hommage à Ernest Grimaître

Ernest Grimaître, notre président, nous a quittés le jeudi 29 octobre. Il laisse dans la peine ses proches ainsi que toutes celles et ceux qui l'ont connu et côtoyé dans notre environnement francophone et bernois, de longues années durant. Ernest, «Nesti» pour les intimes, un enfant de la Berne romande. Il fit partie des volées initiales de ce qui allait devenir l'ECLF, l'école cantonale de langue française, suivi, plus tard, dans cette même école, par ses deux filles. Avec sa chère épouse, Dorette, ils étaient toujours, ensemble, à défendre, dans les associations, les organisations et les divers mouvements, nos intérêts de romands et de francophones. Un engagement désintéressé, sérieux, bienveillant, solide et combattif.

Quelle fidélité, aussi à notre Groupe. Il aura présidé à nos destinées pendant 20 ans. Ernest Grimaître n'a pas ménagé ses efforts pour maintenir cet esquif à flot, malgré l'inéluctable vieillissement des troupes et leur difficile renouvellement. Sourcils et moustache en bataille, son air bonhomme mais combien déterminé à animer nos activités. Présent à toutes les séances du parti de la ville, à toutes celles du canton, connu et reconnu, partout, pour son engagement sans faille. Un esprit libéral, certes, mais toujours animé par le souci de l'harmonie sociale. Un vrai libéral-radical, pour qui le développement économique et l'équité sociale sont les deux faces d'une même médaille. Sans quoi c'est la jungle! Ce sont ces militants-là qui donnent



Ernest Grimaître

de la noblesse et de l'authenticité au débat politique. Loin des calculs de chancellerie, les pieds dans la glèbe, proche de la vie de Madame et de Monsieur Tout-le-Monde. Cher Ernest, tu es un exemple à suivre pour toute forme de relève, au sein de notre petite formation politique d'abord, mais aussi dans nos associations diverses. Servir une bonne cause. Sans effets de manche, avec le cœur, tu étais porté par une belle et riche détermination. Merci Ernest!

**Le Comité**

Regierungsstatthalterwahlen

## Tatjana Rothenbühler will Statthalterin werden

Am 13. Juni finden die Gesamt-erneuerungswahlen der Regierungsstatthalterämter statt. Bereits bekannt ist, dass es in den Verwaltungskreisen Bern-Mittelland und Thun infolge Pensionierungen zu Neuwahlen kommt.

In Bern-Mittelland steigt die FDP mit der 49-jährigen Könizerin Tatjana Rothenbühler ins Rennen. Die promovierte Juristin startete ihre berufliche Laufbahn als Stabsjuristin beim Strategischen Nachrichtendienst und wurde später stellvertretende Leiterin Politische Geschäfte. Heute arbeitet sie als Expertin in der Compliance. Tatjana Rothenbühler engagiert sich in der Gemeinde Köniz, wo sie mit ihrem



Tatjana Rothenbühler

Mann und den zwei schulpflichtigen Kindern in Spiegel bei Bern wohnt. Sie ist Mitglied und zweite Vizepräsidentin des Könizer Parlaments.

In Thun, wo FDP-Statthalter Marc Fritschli in Pension geht, unterstützt die FDP die Kandidatur von Mathias Berger von der SVP. Der 57-jährige Jurist und Anwalt ist Leiter Rechtsdienst der Wirtschafts-, Energie- und Um-

weltdirektion des Kantons Bern. Zuvor war er in leitenden Positionen im VBS, bei der FINMA, an Gerichten, aber auch in der Privatwirtschaft. Berger, der seit elf Jahren in Thun wohnt, ist verheiratet und hat zwei Söhne (14 und 18 Jahre).



# Folge der blauen Linie

Neue Plattform Blueprints.ch

Reden ist Silber, Handeln ist Gold: Die FDP lanciert eine einzigartige Plattform, die eine Bestandesaufnahme aller Aktionen auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene in Sachen Umwelt- und Klimapolitik aufzeigt. Auch werden dort KMU hervorgehoben, die innovative Lösungen punkto Nachhaltigkeit entwickeln. Denn für die FDP gehen Wirtschaft und Ökologie Hand in Hand und wir folgen unserer blauen Linie, einem Symbol für Fortschritt und Innovation. Die Website [www.blueprints.ch](http://www.blueprints.ch) listet aktuelle und künftige Nachhaltigkeits-Projekte auf, die von der FDP initiiert wurden. Per Newsletter informieren wir regelmässig und zielgruppengerecht über die neuesten Entwicklungen in der Umwelt- und Klimapolitik.

Umwelt- und Klimaprobleme gehen alle an und stellen eine grosse Herausforderung für die Zukunft der kommenden Generationen dar. Die FDP setzt sich seit Jahren auf allen Ebenen dafür ein, die natürlichen Ressourcen zu erhalten und unseren Kindern und Enkelkindern eine intakte Le-

bensgrundlage zu hinterlassen. Daher sind wir davon überzeugt, dass Innovationen in diesem Bereich eine Schlüsselrolle spielen müssen. Wirtschaft und Ökologie gehen Hand in Hand und führen so zum Ziel einer klimaneutralen Schweiz. In diesem Sinne wurde Blueprints.ch lanciert. Die

Plattform beinhaltet die Auflistung vergangener und künftiger Aktionen in der Umwelt- und Klimapolitik (auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene) sowie innovative Projekte von KMU zugunsten der Umwelt.

### Blick ins Jahr 1986

Blueprints.ch befasst sich selbstverständlich mit zahlreichen aktuellen Handlungen zugunsten einer liberalen Umwelt- und Klimapolitik, blickt aber ebenfalls in die Vergangenheit. Der Gang ins Archiv brachte dabei interessante Erkenntnisse. So zum Beispiel das «Freisinnige Manifest zum Umweltschutz», das von einer ausserordentlichen Delegiertenversammlung im Oktober 1986 verabschiedet wurde. In fein säuberlicher Schreibmaschinenschrift hält das Papier fest: «Umweltbelastungen sind möglichst an der Quelle zu vermeiden, oder, falls dies nicht möglich ist, zu minimieren. Nach dem Verursacherprinzip ist die Beanspruchung knapper Umweltgüter durch Abgaben zu dämpfen.» Der Auszug zeigt, dass das umweltpolitische Engagement der FDP weit zurückreicht und älter ist als die meisten Sektionen von Parteien mit «Grün» im Namen.

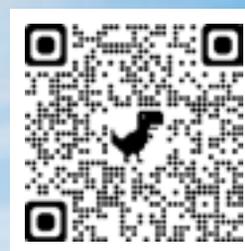


### Mithilfe von Kantonal- und Ortsparteien

Selbstverständlich sind Gegenwart und Zukunft ebenso wichtig. Unter Blueprints.ch sind alle umweltpolitischen Vorstösse der FDP aufgelistet. Damit die Plattform eine breite Wirkung entfaltet, braucht es aber auch das Engagement der Kantonal- und Ortsparteien. Wir freuen uns über Projekte aus der Vergangenheit, Vorstösse von heute und Pläne für die Umweltpolitik der Zukunft, die in FDP-Sektionen entwickelt wurden. All dies kann an die E-Mail-Adresse [info@blueprints.ch](mailto:info@blueprints.ch) gesendet werden und wird danach auf Blueprints.ch aufgeschaltet. Der vielfältige Einsatz, den die FDP in der Umwelt- und Klimapolitik leistet, soll damit sichtbar gemacht werden. Dies ist insbesondere im Hinblick auf die Abstimmung über das neue CO<sub>2</sub>-Gesetz am 13. Juni von Bedeutung.

### Ja zum CO<sub>2</sub>-Gesetz

Um die Verpflichtungen der Schweiz im Rahmen des Pariser Klimaabkommens zu erfüllen und den Ausstoss von Treibhausgasen bis 2030 zu halbieren, haben wir als erste Partei die Ja-Parole für das revidierte CO<sub>2</sub>-Gesetz gefasst. Die Schweiz wie auch die FDP haben sich im Sommer 2019 zu netto null bis 2050 verpflichtet. Die FDP ist überzeugt, dass neben den richtigen politischen Rahmenbedingungen in erster Linie Innovation und Fortschritt der Schlüssel zur Begrenzung von Klima- und Umweltschäden sind. Nur so können der Wohlstand und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz erhalten werden. Darum ist es umso wichtiger, der Bevölkerung im Hinblick auf die bevorstehende Abstimmung über das CO<sub>2</sub>-Gesetz unser Engagement und Handeln klar zu kommunizieren. «Blaue Lösungen» versprechen Innovationen und bieten Perspektiven für alle.





## Mehr Tempo für 5G

Notwendiges Engagement für die Zukunft

Die Schweiz ist beim Ausbau des Mobilfunknetzes auf den 5G-Standard in Verzug geraten. Die FDP hat das Problem erkannt und fordert mit einer Motion mehr Einsatz vom Bundesrat. Nationalrat Christian Wasserfallen und Ständerat Hans Wicki zeigen auf, weshalb die Schweiz auf 5G angewiesen ist.

Mobilfunk ist aus unserem Leben nicht mehr wegzudenken. Die flächendeckende Verbreitung von Smartphones hat dazu geführt, dass sich die mobil übertragene Datenmenge derzeit alle 18 Monate verdoppelt. Grund dafür ist die intensivere Nutzung von Smartphone-Anwendungen, insbesondere im Videobereich. Für diese Entwicklung ist ein gut ausgebautes Mobilfunknetz unabdingbar. Der Mobilfunkstandard 4G kann diese Anforderungen künftig nicht mehr erfüllen, deshalb ist die Weiterentwicklung 5G die richtige Lösung. Mit 5G werden die Netze leistungsstärker, ermöglichen eine schnellere Datenübertragung und Anwendungsmöglichkeiten, die momentan noch gar nicht umsetzbar sind – zum Beispiel im Bereich autonomer Fahrzeuge.

### Bundesrat befürwortet FDP-Motion

Im Vergleich mit dem Ausland hinkt der 5G-Ausbau in der Schweiz hinterher und wird in manchen

kantonalen Parlamenten regelrecht bekämpft. Diese Entwicklung ist gefährlich, da ohne flächendeckendes 5G dem Technologie- und Wirtschaftsstandort Schweiz Nachteile drohen. Die FDP hat dieses Problem erkannt und im Mai 2020 eine Fraktionsmotion eingereicht, die vom Bund mehr Engagement bei der Einführung von 5G fordert. Dabei sei das Ziel anzustreben, dass es den Anbietern bis 2024 möglich ist, ein qualitativ hochwertiges nationales 5G-Netz zu möglichst geringen Kosten aufzubauen. Zudem soll der Bundesrat zusammen mit der Branche die breite Bevölkerung über die künftige Mobilfunkgeneration sachgerecht informieren.

Als Sprecher der Motion fungiert der Berner Nationalrat Christian Wasserfallen, der sich seit längerem für ein zeitgemässes Mobilfunknetz einsetzt. Für ihn ist klar: «5G ist aufgrund der hohen Bandbreite und der vorzüglichen Echtzeitdatenübertragung für Anwendungen in den Bereichen

autonome Fahrzeuge, Drohnen, industrielle High-Tech-Produktion, Gesundheit und E-Health, Smart Farming usw. künftig unabdingbar.» Positiv sei auch die Energieeffizienz. Pro übertragenes Datenpaket braucht 5G 90 Prozent weniger Energie. Da das 5G-Netz mit intelligenten Antennen die Geräte direkt ansteuert, können Streustrahlungen vermieden werden. Wasserfallen betont zudem, dass mit der Kommunikation wissenschaftlicher Fakten Bedenken aus dem Weg geräumt werden können: «Es ist wichtig, dass wir vermitteln, dass 5G eine Weiterentwicklung der 3G- und 4G-Technologie ist. Zudem braucht es praktische Anwendungen aus der Realität, um den Nutzen von 5G zu demonstrieren.» Letzten August hat der Bundesrat die Annahme der Motion beantragt. Wann sie ins Parlament kommt, ist noch offen.

### Wichtig für ländliche Regionen

Neben der FDP-liberalen Fraktion im Parlament setzt sich auch CHANCE5G für ein ausgebautes 5G-Netz ein. Die Trägerschaft ist breit abgestützt und umfasst zahlreiche Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft. Co-Präsident von CHANCE5G ist der Nidwaldner Ständerat Hans Wicki. Für ihn kann der Nutzen von 5G nicht hoch genug eingestuft werden: «Wir ermöglichen damit Arbeitsplätze, und zwar in der ganzen Schweiz. Dank 5G werden auch ländliche Regionen mit schnellem Internet erschlossen und nicht vom Fortschritt abgehängt. Es ist aber genauso

Plädoyer für eine faktenbasierte Diskussion

## «Daten-Highways sind unverzichtbar»

Der Thurgauer Manfred Spiegel blickt auf eine langjährige Karriere im Telekom-Bereich zurück und ist heute Mitinhaber und Verwaltungsratspräsident der itsbusiness AG in Bern. Der überzeugte Liberale und ehemalige Präsident der FDP Bischofszell engagiert sich in der Trägerschaft CHANCE5G für die Weiterentwicklung des Schweizer Mobilfunknetzes und erklärt im Interview, weshalb es beim 5G-Ausbau mehr Tempo braucht.

**Weshalb engagieren Sie sich in der Trägerschaft von CHANCE5G?** Das hat mit meinem beruflichen Hintergrund zu tun. Ich bin Hochfrequenz-Ingenieur, habe in führenden Positionen in der Telekom-Branche gearbeitet und war direkt verantwortlich, als die SBB ein eigenes Mobilnetz aufbauten. Da mich Mobilnetze in meinen Tätigkeiten immer wieder begleitet haben, weiss ich, wie wichtig es ist, dass sie stetig weiterentwickelt werden. Unsere Volkswirtschaft stützt sich auch bei der Digitalisierung darauf ab. Im Sinne des gesunden Menschenverstandes die Chancen und Risiken abzuwägen, ist mir dabei ein besonderes Anliegen.

**Was bringt 5G der Schweiz?** Erfolgreiche Märkte haben sich schon immer an gut erschlossenen Verkehrswegen orientiert: Daten-Highways auf Basis der modernen und sicheren 5G-Technologie sind deshalb für unsere Schweiz unverzichtbar. Der Mobilfunkstandard 5G ist in erster Linie ein gewichtiger Standortvorteil, mit dem neue Geschäftsmodelle sowohl für Anbieter wie auch für Nutzer der Netze möglich sind.

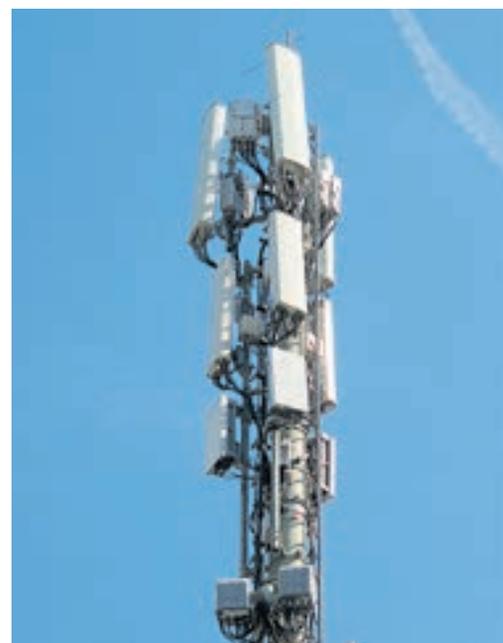
**Wie profitieren Privatpersonen?** Bei einer guten Abdeckung ist die Mobilfunknutzung praktisch überall in hoher Geschwindigkeit auch beispielsweise im Zug möglich. Trotz höherer Datenvolumen ergibt sich mit der 5G-Technologie kumuliert eine geringere Strahlung. Man kann so über-

all arbeiten und auf benötigte Informationen zugreifen.

**Der 5G-Ausbau in der Schweiz verläuft schleppend. Wie konnte das passieren?** Ursprünglich war die Schweiz in einer führenden Position. Leider konnten wir diese nicht halten. Die Meinung, dass 4G für immer ausreicht, ist weit verbreitet. Vielleicht liegt es aber auch daran, dass man meint, höhere Datengeschwindigkeiten würden auch eine höhere Strahlenbelastung mit sich bringen, was nicht der Fall ist. Auf jeden Fall wurde der Nutzen viel zu wenig in der Debatte aufgezeigt. Zudem polarisiert die Thematik in zunehmendem Masse.

**Worauf ist diese Skepsis zurückzuführen?** Wir als Nutzer von 5G haben uns zu wenig in die Thematik eingebracht. Deshalb ist ein unbegründeter Abwehrmechanismus gegenüber 5G entstanden. Ich denke jedoch, dass vor allem bezüglich der Auswirkungen von 5G Aufklärungsbedarf besteht. Beispielsweise hat das WLAN, das fast jeder zu Hause hat, eine höhere Leistung in unmittelbarer Nähe des Menschen, als es mit 5G der Fall ist.

**Was muss jetzt passieren?** Für die Aufrüstung der Mobilfunkmasten sind zahlreiche Baugesuche hängig. Die Behörden tun sich schwer damit. Die Gesuche deshalb auf die lange Bank zu schieben, weil es mancherorts Widerstand gibt, finde ich



5G führt kumuliert zu weniger Strahlung.

nicht zielführend. Grundsätzlich muss die Politik wieder Signale aussenden, dass man das Thema 5G faktenbasiert angeht, dazu den Dialog sucht und dann zeitnah entscheidet. Nur so sorgen wir für eine nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz.

**Bis wann rechnen Sie mit einem flächendeckenden 5G-Netz in der Schweiz?** Wenn man tatsächlich vorwärtskommen darf, kann es schnell gehen. Insbesondere die Aufrüstung bestehender Standorte ist kein grosser Aufwand. Zeitintensiver sind neu zu erschliessende Standorte. Momentan geht es deutlich zu langsam. Umso wichtiger ist es, dass der faktenbasierte Dialog und die Aufklärung anstelle von Mutmassungen im Fokus von Entscheidungen liegen. Wenn das gelingt, bin ich überzeugt, dass wir die vielfältigen Chancen von 5G erfolgreich zum Nutzen für die Schweiz zum Tragen bringen können.

**Interview: Marco Wölfli**



Mobilfunk braucht ein starkes Netz.

wichtig, dass der Schweizer Bevölkerung der immense Wert von stabilen und modernen Mobilfunknetzen bewusst ist – das zeigt sich gerade auch in der aktuellen Krise, gilt aber auch darüber hinaus. Wir dürfen diese kritische, systemrelevante Basisinfrastruktur nicht fahrlässig aufs Spiel setzen und sollten möglichst zeitnah auf 5G ausbauen. Nur so wird ein leistungsfähiger Mobilfunk in der ganzen Schweiz sichergestellt, und Datenstaus werden verhindert.

Um dies zu erreichen, braucht es dringend bessere nationale Rahmenbedingungen, auf das unsere Fraktionsmotion abzielt, und eine Deblo-

ckierung des Ausbaus in den Kantonen.» Wie die FDP stellt auch CHANCE5G deutliche Forderungen an den Bundesrat. Die Gruppierung lancierte Ende 2020 eine Petition, die bessere Rahmenbedingungen für den 5G-Ausbau fordert. Zudem verlangt die Petition vom Bundesrat ein klares Bekenntnis zum Mobilfunkstandard der neuesten Generation. Die breite Unterstützung für die Technologie der Zukunft zeigt, dass Handlungsbedarf besteht und das Engagement der FDP weiterhin nötig ist.

**Marco Wölfli**



# Unterschriftenjagd am Zürichsee

FDP Stäfa sammelt 200 Signaturen in kurzer Zeit

Damit die Renteninitiative das Sammelziel von 100 000 Unterschriften erreicht, braucht es auch die Mithilfe der Ortsparteien. In Stäfa haben sich Ortsparteipräsidentin Ursula Tschanz und ihre Mitstreiter mit Erfolg auf die Strasse gewagt.

Die Renteninitiative, die von den Jungfreisinnigen initiiert wurde, hat in den letzten Wochen stark an Fahrt gewonnen. Mittlerweile sind rund 65 000 Unterschriften gesammelt worden und das Ziel rückt näher. Neben den Sektionen der Jungfreisinnigen zählen die Initianten auch auf das Engagement der Ortsparteien. Diese können sich von den Kantonssektionen oder vom Initiativkomitee instruieren lassen und unkompliziert loslegen. Ein gutes Beispiel dafür ist die FDP Stäfa. Die Ortspartei vom Zürichsee ging im Januar und im Februar zweimal auf die Strasse und sammelte erfolgreich Unterschriften. Für die Ortspartei sei dies eine tolle Erfahrung gewesen, sagt Präsidentin Ursula Tschanz: «Dank der Organisation unserer Aktuarin Corina Bubb waren wir mit Stellwänden, Tischen und Unterlagen ausgerüstet. Zusammen mit dem guten Standort beim Eingang eines Detailhändlers hatten wir optimale Voraussetzungen.»

### Pandemie ist kein Hinderungsgrund

Die Mitglieder der FDP Stäfa, die im Einsatz standen, machten aus der Unterschriftensammlung einen internen Wettbewerb und liessen niemanden

ohne direkte Ansprache passieren. «Es braucht einen gewissen Sportsgeist, damit die Zeit gut genutzt wird und die Leute tatsächlich unterschreiben», erzählt Tschanz. Bis die Stäfnerinnen und Stäfner tatsächlich unterschrieben, war teilweise einiges an Überzeugungsarbeit nötig. Tschanz und ihre Mitstreiter erklärten die Stossrichtung der Renteninitiative und weshalb so viel Handlungsbedarf herrscht. «Viele Passanten schätzten den Austausch sehr und wir wurden auch für unsere Präsenz gelobt. Insbesondere die Angleichung des Rentenalters von Mann und Frau stiess auf Interesse», so Tschanz. Die Reaktionen hätten gezeigt, dass eine Unterschriftensammlung nicht nur der Initiative hilft, sondern auch der Partei Sichtbarkeit verschafft. «Für den Erfolg müssen sich die Freisinnigen auf die Strasse begeben, den Dialog suchen und Engagement zeigen», lautet die Bilanz der Ortsparteipräsidentin. Auch Corona sei nicht zwingend ein Hinderungsgrund für eine erfolgreiche Unterschriftensammlung, ist Tschanz überzeugt: «Die Leute kamen teils mehrmals vorbei und freuten sich, über ein anderes Thema zu sprechen und sind hungrig nach Gesprächen und



Ursula Tschanz initiierte die Unterschriftensammlung.

Informationen. Selbstverständlich muss man sich seriös vorbereiten und alle Schutzmassnahmen einhalten.»

### Passende Argumente vorbringen

In Stäfa konnten Tschanz und ihr Team eher ältere Personen für das Thema Altersvorsorge sensibilisieren. Das sei etwas enttäuschend gewesen, schliesslich sind ja gerade Junge von einer überschuldeten AHV stark bedroht. Die Erfahrung auf der Strasse habe auch gezeigt, dass man je nach Ansprechperson andere Argumente in den Vordergrund stellen muss. «Einigen sieht man schon an, ob sie eher auf finanzpolitische oder sozialpolitische Argumente ansprechen, und meistens stiessen wir damit auf Interesse», erzählt Tschanz lachend. Die FDP Stäfa hat an ihrem Engagement Gefallen gefunden und wird sicher auch am 27. März wieder Unterschriften für die Renteninitiative sammeln. Präsidentin Ursula Tschanz kann die Erfahrung anderen Sektionen deshalb nur weiterempfehlen und appelliert an die Ortsparteien: «Nutzt diese Chance. Der Aufwand ist gering, es fördert den Zusammenhalt in der Partei und macht erst noch Spass.»

Marco Wölfli

### Darum geht's bei der Renteninitiative

Die Renteninitiative der Jungfreisinnigen will die Altersvorsorge nachhaltig finanzieren. Dafür sieht die Initiative drei Massnahmen vor: 1. Gleiches Rentenalter für Mann und Frau bis 2032, 2. eine schrittweise Erhöhung des Rentenalters auf 66 Jahre bis 2032 und 3. eine Verknüpfung des Rentenalters mit der Lebenserwartung. Diese drei Massnahmen beheben das strukturelle Problem der AHV und verzichten auf Rentenkürzungen sowie auf die Erhöhung von Abgaben wie z. B. bei der Mehrwertsteuer.

Erste Volksinitiative der FDP Frauen Schweiz

## Individualbesteuerung: Jetzt!

Die FDP Frauen lancieren erstmals in ihrer Geschichte eine eigene Volksinitiative: zur Einführung der Individualbesteuerung in der Schweiz. Sie ist unser liberaler Beitrag zum 50-Jahr-Jubiläum des Frauenstimm- und Wahlrechtes in diesem Jahr. Der Sammelstart erfolgt am 9. März 2021.

Die FDP Frauen wollen den Frauen den Weg ins Erwerbsleben ebnen. «Das aktuelle Steuersystem ist ein Hindernis für das berufliche Engagement der Frauen», sagt die Präsidentin der FDP Frauen Schweiz, Susanne Vincenz-Stauffacher. «Es ist Zeit, dass wir dies ändern.» Denn die viel beklagte Heiratsstrafe setzt in finanzieller Hinsicht negative Anreize für die Erwerbstätigkeit der Frauen.

### Heutiges System schafft Fehlanreiz

Im heutigen Steuersystem werden Ehepaare gemeinsam besteuert. Wenn beide Partner arbeiten, steigt das eheliche Einkommen – das Paar rutscht in eine höhere Progressionsstufe und muss überproportional mehr Steuern bezahlen. Bei einer Familie, welche ihre Kinder extern betreuen lässt, fallen noch zusätzliche Kosten an. Die Konsequenz: Finanziell lohnt es sich für das Elternpaar kaum, dass beide einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Das führt dazu, dass vorwiegend Frauen sich

entweder ganz aus dem Arbeitsleben zurückziehen oder nur mit tiefen Pensen erwerbstätig sind.

### Inländisches Arbeitsmarktpotenzial nutzen

Es kann nicht sein, dass das Arbeitsmarktpotenzial der gut ausgebildeten Frauen in der Schweiz aufgrund negativer finanzieller Anreize nicht ausgeschöpft werden kann. Mit der Individualbesteuerung würden stattdessen Anreize geschaffen, dass der zweite Partner – zumeist die Frau nach der Geburt des Kindes – wieder ins Erwerbsleben einsteigt. Das würde auch den Fachkräftemangel lindern. Gemäss Studien dürften bis zu 60000 Vollzeitstellen neu besetzt werden können, denn für rund 300000 Frauen – respektive für jede siebte berufstätige Frau – würde es sich lohnen, ihr Pensum um 20 Prozent zu erhöhen.

### 15 Jahre altes FDP-Anliegen

Mitte Oktober hat die Geschäftsleitung der FDP

Frauen Schweiz ihre Pläne für die Volksinitiative der Öffentlichkeit vorgestellt. Obwohl bereits vor 15 Jahren eine entsprechende Motion der FDP-Fraktion in beiden Räten angenommen wurde, hat der Bundesrat seither keine weiteren Schritte unternommen.

FDP-Nationalrätin Christa Markwalder forcierte das Thema 2019 mit einer weiteren Motion erneut. Diese beauftragte den Bundesrat, dem Parlament rasch und unter Einbezug der Kantone einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher einen Systemwechsel von der Ehepaar- und Familienbesteuerung zur zivilstandsunabhängigen Individualbesteuerung vorsieht. Der Bundesrat nahm zwar Stellung zur Motion, dennoch blieb bisher die Behandlung in den Räten aus.

### Symbolträchtiges Lancierungsjahr

Doch 15 Jahre warten sind genug. 2021 ist es 50 Jahre her, dass die Frauen das Stimm- und Wahlrecht erhalten haben – dieses symbolträchtige Ereignis ist deshalb der Moment für diesen wichtigen Schritt zu mehr Gleichstellung. Gemeinsam mit einer überparteilichen Allianz gehen die FDP Frauen auf die Strasse, um Unterschriften für diese Initiative zu sammeln – wir freuen uns, auch auf Ihre Unterstützung zählen zu können!

**Barbara Freiburghaus, Präsidentin**  
Verein Individualbesteuerung Schweiz

## Eidgenössische Volksinitiative Einführung der zivilstandsunabhängigen Individualbesteuerung

Zeit für eine Veränderung – endlich!

### für mehr Fairness

Die Individualbesteuerung beruht auf dem verfassungsmässigen Prinzip der Besteuerung aufgrund der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit – auch unabhängig des Zivilstands.

### gegen die Heiratsstrafe

Das heutige Steuersystem führt dazu, dass gemeinsam besteuerte Paare finanziell bestraft werden, wenn beide einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Die Individualbesteuerung löst dieses Problem.

### Chancengleichheit schaffen

Die Individualbesteuerung wird den verschiedenen partnerschaftlich gelebten Lebensmodellen in unserer von Diversität geprägten Gesellschaft steuerlich gerecht und fördert damit die Gleichstellung.

### Gleichberechtigung vorantreiben

Die Individualbesteuerung setzt die richtigen steuerlichen Erwerbsanreize und hilft mit, den Fachkräftemangel zu beheben, indem insbesondere gut ausgebildete Frauen nicht länger vom Arbeitsmarkt abgehalten werden.



Start Unterschriftensammlung: 09. März 2021

Pressekonferenz 08. März 2021, 11.00 Uhr  
live auf Youtube Individualbesteuerung Schweiz

### Jetzt:

- Unterstützungsformular ausfüllen
- Unterstützungs Komitee beitreten
- Vereinsmitglied werden
- Spenden

[www.individualbesteuerung.ch/unterstuetzen](http://www.individualbesteuerung.ch/unterstuetzen)

Jetzt mit TWINT spenden!

- QR-Code mit der TWINT App scannen
- Betrag und Spende bestätigen





# Weg zurück zur Normalität

Frühlingsession vom 1. bis 19. März

Die Frühlingsession scheint, zumindest was die traktandierten Geschäfte anbelangt, ein Schritt zurück zur Normalität zu sein. Auch wenn es diese Session einige Corona-bedingte Vorlagen zu beraten gilt, liegt der Fokus wieder stärker auf den restlichen politischen Brennpunkten – ein gutes Zeichen.

Nun bereits ziemlich genau seit einem Jahr hat uns die Corona-Krise fest im Griff und es scheint kaum ein Ende zu nehmen. Auch wenn mit der gestarteten Impfkampagne ein Ausweg absehbar ist, ist unser Alltag weiterhin stark eingeschränkt und es fühlt sich alles andere als normal an. Schaut man sich jedoch an, was uns in der kommenden Frühlingsession erwartet, sieht man Licht am Ende des Tunnels. Der Weg zurück zur Normalität zeigt sich u. a. bei der Traktandierung vieler Volksinitiativen wie der Justizinitiative, der Initiative für das Verbot von Tabakwerbung oder die 99%-Initiative der Juso, die viel Zeit in Anspruch nehmen werden. Inhaltlich gibt es aber noch einige andere Schwerpunkte, die für die FDP von grosser Relevanz sind:

### Vorsorge

Nach der zweimaligen Verschiebung der Beratung der AHV 21 in der Herbst- und Wintersession 2020 steht der Erstberatung im Ständerat in der Früh-

lingsession hoffentlich nichts mehr im Weg. Es wird absolut zentral sein, dass sich die bürgerlichen Parteien auf eine gemeinsame Lösung einigen können, die die Angleichung des Rentenalters 65 endlich mehrheitsfähig gestaltet und z. B. bezüglich Mehrwertsteuererhöhung vernünftig bleibt. Der grosse Streitpunkt wird aber sicherlich die Kompensation der Rentenalterserhöhung der Frauen bleiben. Auch hier wird sich die FDP für eine vernünftige Lösung einsetzen, die die finanziellen Verbesserungen nicht gleich wieder zunichtemachen.

### Transparenz

Der Ständerat hat in der Wintersession den Gegenvorschlag zur Transparenzinitiative aus seiner Staatspolitischen Kommission verabschiedet. Auf Antrag der FDP (SR Müller) wurden die Offenlegungspflichten für Kampagnenkomitees verschärft. Im Gegensatz zu den Initianten der Trans-

parenzinitiative, die vor allem die politischen Parteien und die grossen Komitees (der Wirtschaft) treffen wollen, will die FDP für gleich lange Spiesse unter allen politischen Akteuren sorgen. Im Nationalrat wird es nun darum gehen, diesen Erfolg zu wiederholen und mit einigen Präzisierungen z. B. bei der Offenlegung von Mandatsabgaben eine Mehrheit zu erreichen. Zumindest die Beschlüsse aus der vorberatenden Kommission stimmen optimistisch.

### Agrarpolitik

In beiden Räten wird es in der Frühlingsession zu wichtigen Beschlüssen zur Zukunft der Agrarpolitik kommen. Im Nationalrat ist die AP 22+ traktandiert, die die zukünftige Strategie in der Agrarpolitik definieren soll. Nachdem der Ständerat im Winter die Sistierung beschlossen hat, muss sich nun die grosse Kammer zur gleichen Frage positionieren. Im Ständerat liegt der Fokus auf dem informellen Gegenvorschlag zu den beiden Agrarinitiativen (Trinkwasser, Pestizidverbot). Bei der Differenzbereinigung stehen vor allem die Offenlegungspflicht bei Dünger und Futtermittel sowie der Schutz der Zuströmbereiche von Grundwasserfassungen im Fokus. Die Vorlage ist speziell mit Blick auf die Volksabstimmungen zu den beiden Agrarinitiativen im Sommer 2021 von grosser Relevanz.

### Beat Walti

Fraktionspräsident und Nationalrat ZH



## Für eine liberale Stadtpolitik

FDP Urban will 2021 Netzwerk vergrössern

Die Berner haben gerufen, und viele sind gekommen. Letzten Herbst führte FDP Urban im Raiffeisenforum Bern, in unmittelbarer Nähe zum Bundeshaus, den Parlamentarieranlass 2020 durch. Die verschiedenen Referenten zeigten auf, welche Herausforderungen sich in den Städten der Zukunft stellen.

Das Auftaktreferat von Paul Schneeberger vom Schweizerischen Städteverband zum Thema «Wie verändert das Coronavirus die Mobilität?» führte zu einer regen Diskussion unter den liberalen städtischen Politikerinnen und Politikern aus der ganzen Schweiz. Gemäss Schneeberger braucht es vermehrt umfassende Mobilitätskonzepte. Die Heimarbeit dürfte in der Dienstleistungsindustrie von der Ausnahme zur Regel werden, und obwohl der kollektive Verkehr das Rückgrat in den Metropolen bleiben wird, ist die Zukunft der übrigen Mobilitätsgrundversorgung völlig offen. Schneeberger plädierte dafür, die Vergangenheit nicht einfach fortzuschreiben, sondern in Szenarien zu denken und Experimente und Reallabors zu wagen. Wir müssen uns politisch in den Städten auf weitere «Umverkehrsinitiativen» («Bäume statt Asphalt») einstellen, die eine gute Erfolgchance haben dürften. Elisabeth Glas (Zug) und Andreas Zappalà (Basel) ergänzten die Ausführungen zur Mobilität mit Gedanken zu einem «Post-Corona-

Stadtmodell» zum Wohnen in der Stadt nach der Pandemie.

### Referat zu 5G

Stefan Kilchenmann, Leiter Public Affairs Swisscom, führte unter dem Titel «Konnektivität» in die Diskussion um 5G als Telekommunikationsstandard der Zukunft ein und beleuchtete die damit verbundenen Chancen und Herausforderungen. Zu 5G hat die FDP Urban-Arbeitsgruppe «Smartest Stadtleben» unter der Leitung von Elisabeth Schoch (Zürich) mehrere parlamentarische Vorstösse ausgearbeitet, die schweizweit in die politische Diskussion eingebracht werden sollen. Es geht um die Förderung des 5G-Ausbaus, die Aufklärung der Bevölkerung über die Chancen und Risiken der neuen 5G-Technologie und die Forcierung kantonaler Anstrengungen rund um diese neue Technologie.

Im dritten Teil referierten Raphael Tobler, CEO der Eduwo und Präsident der Swiss Startup Asso-

ciation, und Urs Hofer (Winterthur) über die Standortförderung der Zukunft. Die von Urs Hofer in Winterthur lancierte und vorgestellte Idee eines Start-up-Fonds wurde rege und kontrovers diskutiert, namentlich zur Rolle des Staates. Auch hierzu wurde ein parlamentarischer Vorstoss vorbereitet.

### FDP Urban-Netzwerk soll wachsen

Der Anlass machte deutlich, wie wichtig überregionale Diskussionen unter den FDP-Stadtvertreterinnen und -vertretern sind und welchen Nutzen wir gegenseitig aus unseren Erfahrungen ziehen können. FDP Urban spielt diesbezüglich eine wichtige Scharnierrolle zwischen den politischen Akteuren in den grossen Schweizer Städten.

Für das Jahr 2021 haben sich die Mitglieder von FDP Urban zum Ziel gesetzt, die Vernetzung zwischen den grössten Schweizer Städten weiter zu fördern – mittels gemeinsamer Vorstösse, der Weiterentwicklung der Kernthemen und der Organisation von Anlässen. Zudem soll die Zusammenarbeit mit der FDP Schweiz intensiviert und das FDP Urban-Netzwerk durch weitere Städte ergänzt werden – insbesondere Richtung Romandie.

**Roger Dornier und Raphaël Karlen**  
Leitungsgremium FDP Urban

### Über FDP Urban

Auch in den Städten muss nicht alles reglementiert, kontrolliert und staatlich angeleitet sein. Gefordert sind private Initiative, unternehmerisches Handeln, Freiräume für den Einzelnen, die Familien, die Unternehmen in Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur und Bildung. Damit schaffen wir lebenswerte und leistungsfähige Städte. Um diese Herausforderungen gemeinsam zu meistern, haben die FDP-Stadtparteien der grössten Städte der Schweiz FDP Urban gegründet. Mitwirkung ist für alle Interessierten möglich in unseren Arbeitsgruppen zu den folgenden Themen: «Mobilität der Zukunft», «Urbanes Wohnen», «Kreativ-Produktive Stadt» und «Smartest Stadtleben».  
[www.fdp-urban.ch](http://www.fdp-urban.ch)



# Ja zu Freihandel und Nachhaltigkeit

## Vorteilhaftes Freihandelsabkommen mit Indonesien

Am 7. März entscheidet die Schweizer Stimmbevölkerung erstmals über ein Freihandelsabkommen. Das vorliegende Wirtschaftspartnerabkommen der EFTA-Staaten (Schweiz, Norwegen, Island, Liechtenstein) mit Indonesien ist das Resultat erfolgreicher Verhandlungen, die massgeblich durch unseren früheren Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann geprägt wurden. Es beinhaltet erstmals Nachhaltigkeitsziele und setzt einen neuen Nachhaltigkeitsstandard für den internationalen Handel.

Das Freihandelsabkommen mit Indonesien bedeutet ein Meilenstein in der Geschichte des internationalen Freihandels. Es ist ein umfassendes Wirtschaftspartnerabkommen, das nicht nur die Zölle senkt, sondern auch Bestimmungen zu technischen Handelshemmnissen, Dienstleistungen, gesundheitspolizeilichen und pflanzenschutzrechtlichen Massnahmen, Ursprungsregeln, Handelserleichterungen, zum Handel mit Dienstleistungen, dem Schutz des geistigen Eigentums sowie zur Streit-schlichtung beinhaltet. Wegweisend sind die darin enthaltenen Nachhaltigkeitsbestimmungen zum Palmöl.

Noch in den letzten Amtstagen als Wirtschaftsminister ist unser damaliger Bundesrat Johann Schneider-Ammann persönlich nach Jakarta gereist, um dieses Freihandelsabkommen erfolgreich zum Abschluss zu bringen.

Weder die EU noch die USA kennen ein Freihandelsabkommen mit einem der grössten aufstrebenden Länder Südasiens. Für die EFTA-Staaten inklusive der Schweiz bedeutet dieses Abkommen denn auch einen grossen Fortschritt in ihrer Aussenhandelspolitik: verbesserter Marktzugang für Waren und Dienstleistungen sowie Rechtssicherheit. Unter dem Strich dürfte für die Schweiz – neben allen anderen Vorteilen – eine Einsparung von rund 25 Millionen Franken Zollgebühren resultieren.

### Bereinigung der Hauptkritikpunkte

Durch eine neue Regelung ist es von nun an möglich, gegen Standardfreihandelsabkommen ein Referendum zu lancieren. Dieses wurde von einem Bürgerkomitee ergriffen und von einigen NGO und protektionistischen bäuerlichen Kreisen unter-

stützt. Im Zentrum ihrer Kritik steht die Palmölproduktion. Indonesien ist zurzeit der grösste Produzent von Palmöl weltweit. Um zu vermeiden, dass billig und nicht nachhaltig hergestelltes Palmöl in die Schweiz importiert wird, wurden erstmals in einem Standardfreihandelsabkommen völkerrechtlich verbindliche Nachhaltigkeitsziele und -bestimmungen festgelegt. Die griffigen Ausführungsbestimmungen in der entsprechenden Verordnung liessen nun auch linke Kreise ihre zunächst ablehnende Haltung neu definieren, denn sie haben erkannt, dass dieses Abkommen den einen neuen «Goldstandard» für den weltweit nachhaltigen Handel bilden kann und soll. Die Kritik von bäuerlicher Seite, dass der erleichterte Import von Palmöl einen negativen Einfluss auf die einheimischen Ölsaatenproduktion haben könnte, wurde ebenfalls in den Verhandlungen aufgenommen und mit einer Kontingentierung beantwortet. Das Abkommen führt aufgrund der Nachhaltigkeitskapitel und der Kontingentierung von Palmöl zu keiner Konkurrenz für die Schweizer Rapsölproduktion. Auch die Tatsache, dass diverse NGO in Indonesien und auch Public Eye in der Schweiz das Referendum nicht unterstützen, sagt viel über die hohe Qualität des Abkommens aus.

### Potenzial nutzen, Impulse setzen

Laut Prognosen könnte Indonesien bis 2050 zur viertgrössten Volkswirtschaft der Welt anwachsen. Das Land ist dank seinen zirka 267 Millionen Einwohnern, politischer Stabilität und grossem Investitionsbedarf bei den Infrastrukturen schon heute für viele Schweizer Exporteure wichtig. 2019 wurden Waren im Wert von fast einer halben Milliarde Franken aus der Schweiz nach Indonesien exportiert. Das Potenzial ist noch längst nicht ausgeschöpft. Investitionsbedarf besteht weiterhin. Durch das Freihandelsabkommen wird die rechtliche Grundlage für einen erleichterten Zugang zu einem der wichtigsten Wachstumsmärkte gelegt. Mehr internationaler Handel bringt der Schweiz Vorteile. Gerade jetzt ist der richtige Zeitpunkt für die von Corona gebeutelte Wirtschaft neue Impulse zu erzeugen, Chancen zu nutzen und positive Perspektiven zu erzeugen. Das Abkommen verbessert die Rechts-, Planungs- und Investitionssicherheit für Schweizer Firmen, was die Investitionen weiter ankurbeln und zahlreiche neue Arbeitsplätze, verbunden mit entsprechenden Ausbildungsperspektiven und guten Anstellungsbedingungen, generieren wird.

Das Wirtschaftsabkommen mit Indonesien vereint ökonomische Vorteile auf beiden Seiten, beruhend auf ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit. Mit allem gesunden Menschenverstand können wir dazu am 7. März einfach Ja stimmen.

**Christa Markwalder, Nationalrätin BE, Mitglied Aussenpolitische Kommission**

Auch ein Halloween-Kostüm könnte unter das Verhüllungsverbot fallen.

(Bild: iStock/SeventyFour)



## Nutzlos, illiberal und zentralistisch

Nein zu einem schädlichen Verhüllungsverbot

Obwohl es in der Schweiz null Burkaträgerinnen und keine Probleme mit den marginal wenigen Niqabträgerinnen gibt, will eine Initiative ein nationales Verbot erzwingen. Die FDP lehnt diese heuchlerische Initiative, die gegen alle liberalen Grundsätze verstösst und vielfältige Einschränkungen bringt, vehement ab.

Die Verhüllungsverbot-Initiative zielt darauf ab, jegliche Verhüllung des Gesichts an öffentlichen Orten zu verbieten – sei es durch das Tragen einer Kapuze oder eines Schleiers, wie die Burka oder den Niqab. Die FDP ist klar gegen die Initiative, denn Kleiderverbote gehören nicht in die Verfassung. Das Verhüllungsverbot gibt vor, ein Problem zu lösen, das gar nicht existiert. Schliesslich sind die meisten Burkaträgerinnen in der Schweiz Touristinnen, leidtragend wäre also auch der Tourismus-Sektor. Die Initiative schadet jedoch nicht nur dem Tourismus, sondern auch dem Religionsfrieden. Die Initianten verfolgen dabei eine Strategie der Ausgrenzung unter dem Vorwand der Gleichstellung der Frauen und der Sicherheit. Deshalb empfiehlt auch der Bundesrat zusammen mit dem National- und Ständerat, die Volksinitiative abzulehnen.

### Keine Kleidervorschriften in der Verfassung

Die alten Zeiten von rigiden staatlichen Kleidervorschriften namentlich für Frauen sind zum Glück vorbei. Hält man den liberalen Grundgedanken

hoch, sollen sich sowohl Schweizerinnen und Schweizer als auch Touristinnen und Touristen so kleiden, wie sie das für angemessen halten.

Die Initiative des nicht besonders frauenfreundlichen Egerkinger Komitees versucht auf heuchlerischem Weg, ein Verhüllungsverbot durchzubringen, und gibt dabei vor, Frauen schützen zu wollen. Das bestehende Recht erlaubt es jedoch bereits heute einzugreifen, wenn jemand gezwungen wird, einen Schleier zu tragen. Ein weitergehendes Verhüllungsverbot führt kaum dazu, dass Frauen vom Tragen der Burka oder des Niqabs befreit werden, sondern, dass diese allenfalls daran gehindert werden, ihr Haus zu verlassen. Zudem: Die einzige Studie zum Thema belegt, dass die wenigen Schweizer Niqabträgerinnen dies freiwillig – oft gegen den Willen ihrer Familie tun, ähnlich wie z. B. Punks.

Hinzu kommt: Der schludrig formulierte Initiativtext verbietet nicht nur Niqabs und Vermummung, sondern auch Verkleidung zu Marketingzwecken oder zu Halloween, ja sogar Sportmaskotten!

### Angriff auf den Religionsfrieden

Mit der Vorlage wird bewusst Unmut gegenüber dem Islam gestreut. Es wird ein Problem kreiert, das sich angesichts der verschwindend geringen Zahl betroffener Personen gar nicht stellt. In der Schweiz leben zurzeit 360 000 Muslima und Muslime. Es gibt keine Burkaträgerinnen und zirka 20 bis 35 Niqabträgerinnen. Diese Anzahl ist konstant, somit findet keine, von den Initianten proklamierte, «Islamismuswelle» statt.

Die Initiative gibt weiter vor, die Integration zu fördern, dabei fördert sie nur die Ausgrenzung von bereits hier lebenden Frauen. Die geltende Gesetzgebung sieht zudem bereits heute klare Regelungen vor, wenn sich Personen in der Schweiz bewusst nicht in den Arbeitsmarkt oder die Gesellschaft integrieren wollen, beispielsweise die Verweigerung von Arbeitslosengeld oder Einbürgerung.

### Sicherheit wird bereits gewährleistet

Die Angst eines terroristischen Anschlags durch Burkaträgerinnen ist absurd. Es gibt genau null bekannte Fälle von Straftaten durch auffällig verhüllte Frauen in der Schweiz, aber unzählige durch Menschen in unauffälligen Zivilkleidern.

Jeder Kanton kann und soll selbst entscheiden, welche Regeln er in seinem öffentlichen Raum einführen möchte. Die Kantone sollen auch künftig selbst entscheiden können, ob sie ein Verhüllungsverbot wollen oder nicht. Die Kantone St. Gallen und Tessin kennen bereits heute Verhüllungsverbote. Im Kanton Glarus wurde eine ähnliche Vorlage an der Landsgemeinde abgelehnt, ebenso in den Kantonsparlamenten der Kantone Zürich, Solothurn, Schwyz und Basel-Stadt. Ähnlich bei Vermummungsverboten bei Demonstrationen, die viele Kantone kennen, ebenso viele aber bewusst nicht. Diese Initiative greift ohne jegliche Begründung in die kantonale Souveränität ein.

### Konstruktiver Gegenvorschlag

Die FDP lehnt die Initiative klar ab, unterstützt jedoch den Gegenvorschlag, der bei einem Nein zur Initiative in Kraft tritt. Mit ihm wird auf Gesetzesstufe festgelegt, dass alle Personen ihr Gesicht zeigen müssen, wo der Bund sie identifizieren muss, beispielsweise am Zoll oder im ÖV. Wer sich bei einer wiederholten Aufforderung widersetzt, wird mit einer Busse bestraft, und die entsprechende Leistung wird verweigert. Der Gegenvorschlag schränkt die Autonomie der Kantone jedoch nicht ein. Somit würde die Initiative im besten Fall nichts bewirken und im schlechtesten Fall den Religionsfrieden gefährden, dem Tourismus schaden und die liberale Tradition der Schweiz untergraben.

Andrea Caroni, Ständerat AR

Bundesrätin Karin Keller-Sutter hat in den letzten Monaten zahlreiche Abstimmungsvorlagen vertreten.



# «Datenschutz macht einen Schritt vorwärts»

Bundesrätin Karin Keller-Sutter setzt sich für ein Ja zur E-ID ein

Am 7. März stimmt die Schweiz über die Einführung einer E-ID ab. Justizministerin Karin Keller-Sutter erklärt im Interview, warum rein staatliche Lösungen nicht sinnvoll sind, was mit persönlichen Daten passiert und wo sich die E-ID nutzen lässt.

**Wofür braucht es eine E-ID?** Eine staatlich anerkannte, elektronische Identität ist die Basis für die weitere Digitalisierung in der Schweiz. Die E-ID wird es erlauben, uns einfach, sicher und praktisch im Internet anzumelden. Heute ist oft nicht klar, was mit unseren Daten passiert. Deshalb schaffen wir mit der E-ID erstmals ein gesetzlich geregeltes Login. Nach Schweizer Recht und mit einem starken Datenschutz. Das ist eine Chance

für die Schweiz, sonst galoppieren uns Apple und Co. mit ihren eigenen IDs davon. Keine davon ist heute gesetzlich geregelt.

**Die Gegner kritisieren die Beteiligung privater Firmen. Wieso setzt der Bundesrat auf dieses Modell?**

In unserem Modell tut der Bund das, was nur der Bund tun kann: Er übernimmt die hoheitlichen Aufgaben, indem er die Identität der einzelnen Per-

sonen überprüft. Ausserdem ist er zuständig für die Prüfung, Anerkennung und Kontrolle der Anbieterinnen. Die technische Umsetzung hingegen, das können auch Private, Kantone oder Gemeinden. Die Erfahrungen im Ausland waren zudem ernüchternd. Die Bevölkerung akzeptierte die rein staatlichen Lösungen nicht, weil sie zu kompliziert waren. In Deutschland beispielsweise benutzen nur etwa sechs Prozent der Bevölkerung die E-ID. Deshalb setzen Bundesrat und Parlament jetzt auf ein zukunftsorientiertes Modell mit einer klaren Aufgabenteilung.

**Deutschland, Österreich oder UK setzen bereits auf eine E-ID. Ist der Einsatz einer E-ID so unsicher, dass die Schweiz erst jetzt eine E-ID einführen will?**

Mit Sicherheit hat das nichts zu tun. Auch in der Schweiz haben die Arbeiten an der E-ID schon vor etwa 20 Jahren begonnen. Der Bund hat verschiedene Varianten sorgfältig geprüft. Heute haben wir einen ausgewogenen Kompromiss gefunden. Dieser berücksichtigt die Sicherheit, den Datenschutz und die Anwenderfreundlichkeit gleichermaßen. Und wir haben eine gute Balance zwischen öffentlichen und privaten Stellen gefunden. Ein guter Kompromiss braucht Zeit. Mit dem E-ID-Gesetz haben wir ihn.

**Welche Unternehmen kommen für die Herausgabe der E-ID in Frage?** Wir wissen vom Kanton Schaffhausen und bereits von fünf Unternehmen, dass sie sich als Anbieterinnen anerkennen lassen wollen. Es wird also einen Wettbewerb geben. Die besten technologischen Lösungen werden sich durchsetzen. Das begrüsse ich. Wettbewerb verspricht moderne und zukunftsweisende Lösungen für die Kunden und die Unternehmen.

**Von linker Seite wird moniert, dass der Datenschutz nicht gewährleistet werden könne. Wie entgegen Sie diesem Vorwurf?** Mit dem neuen Gesetz machen wir sogar einen Schritt vorwärts. Heute wissen wir nicht, was mit den Daten passiert, wenn wir uns im Internet anmelden, zum Beispiel mit Google, Apple oder Facebook. Mit dem E-ID-Gesetz legen wir erstmals gesetzliche Regeln fest. Der Datenschutz ist dabei strenger als sonst: Daten dürfen immer nur mit der ausdrücklichen Zustimmung der E-ID-Nutzerinnen weitergegeben werden. Ausserdem gibt es eine klare Trennung der verschiedenen Daten: Die Personendaten, die zur Identifikation einer Person dienen, und die Nutzungsdaten der E-ID müssen getrennt voneinander aufbewahrt werden. So wird verhindert, dass Nutzerprofile erstellt werden können. Solche sind auch verboten. Die Daten müssen zudem in der Schweiz bleiben, deshalb steht übrigens auch der eidgenössische Datenschützer hinter dem neuen Gesetz.

**Wie wird sichergestellt, dass Private diese Daten nicht irgendwann verwenden?** Auch das ist im Gesetz klar geregelt, das dürfen sie nicht. Zudem werden alle Anbieterinnen durch eine neue, unabhängige Kommission beaufsichtigt und kontrolliert. Bei einem Fehlverhalten kann einer Anbieterin die Anerkennung entzogen werden.

**Was passiert, wenn beispielsweise ein beteiligtes Unternehmen aussteigt oder in Konkurs geht?** Daran hat der Gesetzgeber ebenfalls gedacht und vorgesorgt. So kann das E-ID-System von einer anderen anerkannten Anbieterin übernommen werden – aber nur, wenn die Inhaber der E-ID dem zustimmen. E-ID-Systeme sind zudem weder pfändbar, noch fallen sie in die Konkursmasse.

**Wo lässt sich die E-ID überall einsetzen – welcher konkrete Nutzen entsteht für Bürgerinnen und Bürger?** Bis jetzt müssen wir für viele Dienstleistungen unsere Identität umständlich nachweisen, zum Beispiel durch persönliches Erscheinen. Mit einer E-ID wäre dies nicht mehr nötig, das würde insbesondere das E-Government voranbringen. Ausserdem könnten die Bürgerinnen und Bürger erstmals ein sicheres Login verwenden, das staatlich geregelt ist.

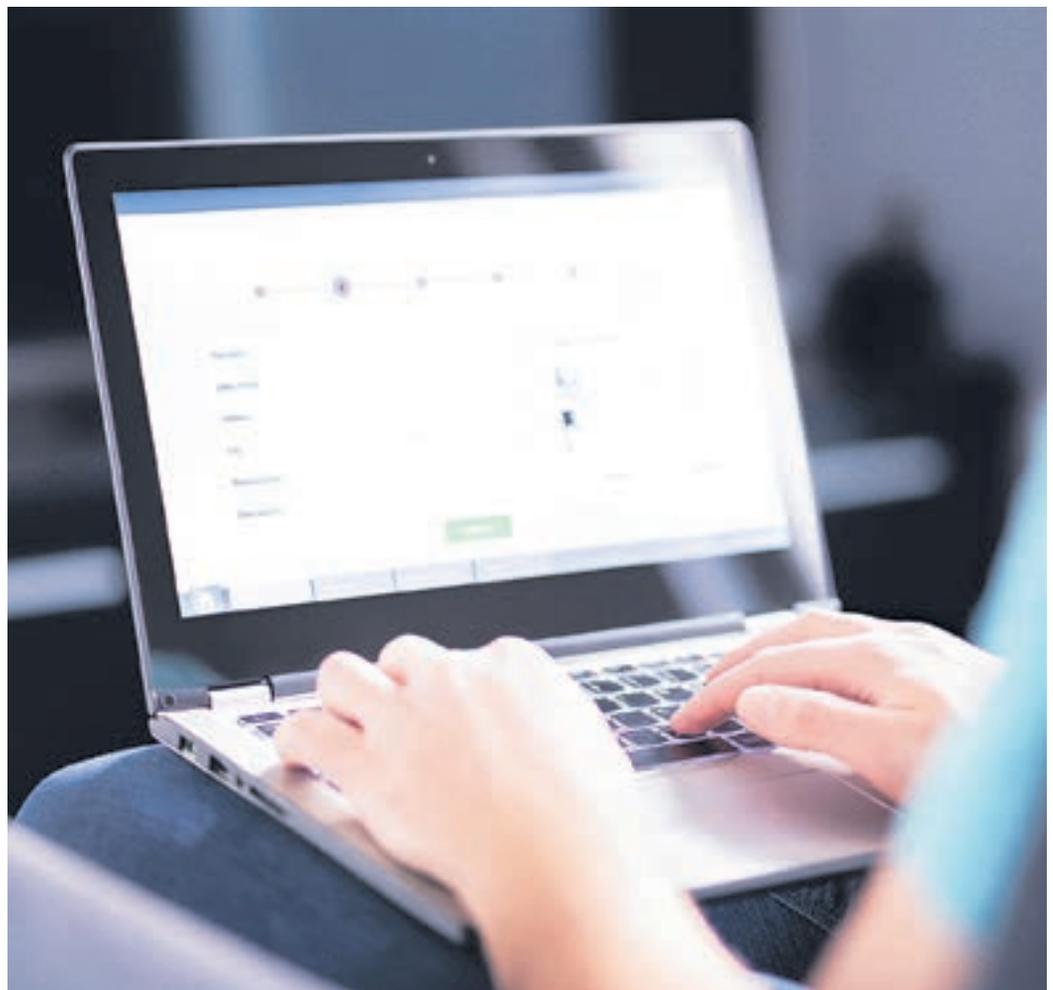
**Was geschieht bei einem Nein zur E-ID?** Wird die Vorlage am 7. März abgelehnt, gibt es keine staatlich anerkannte E-ID. Damit verschenken wir vor allem Zeit, denn das bedeutet konkret, dass wir weiterhin keinen gesetzlichen Rahmen für elektronische Identifizierungsverfahren haben. Die Schweiz würde bezüglich E-ID noch weiter in Rückstand geraten. Dass sich dereinst eine rein staatliche E-ID politisch durchsetzen könnte, bezweifle ich. Das Gesetz wäre ein sehr konkreter Fortschritt auf dem Weg der Digitalisierung.

**Wie sieht der Zeitplan bei einem Ja zur E-ID aus?** Der Bundesrat wird möglichst rasch die techni-

schen Verordnungen in die Vernehmlassung schicken. Parallel dazu würden wir die neue Aufsichtskommission aufbauen. Beides braucht aber Zeit, ich rechne damit, dass wir uns etwa in zwei Jahren mit der E-ID im Internet anmelden könnten.

**Sie haben jetzt einen Marathon an Abstimmungen hinter sich: Unternehmensverantwortungsinitiative, Kündigungsinitiative und das Schengen-Referendum. Jetzt stehen die E-ID und der Kampf gegen die Burkainitiative an. Woher nehmen Sie die Energie, sich jetzt zu 100 Prozent diesen Vorlagen zu widmen?** Es stimmt, auch 2021 wird ein intensives Jahr, es stehen auch nach dem 7. März weitere wichtige Abstimmungen an, z. B. die Abstimmung über die polizeilichen Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus. Kraft tanke ich bei Spaziergängen in der Natur oder bei der Lektüre eines guten Buches. Und überdies erfüllt und motiviert mich die Aufgabe als Bundesrätin.

**Interview: Marcel Schuler**



Die E-ID erleichtert die Identifikation im Internet.



# Nein zu Agrarinitiativen Ja zum Covid-19-Gesetz

### Delegierte fassen Parolen an E-DV

An der digitalen DV Anfang Februar fassten die Delegierten drei Parolen und befanden über einen Antrag. So wurde das Covid-19-Gesetz angenommen und die «Trinkwasserinitiative sowie die «Pestizidinitiative» abgelehnt. Der Antrag eines Delegierten, das Anti-Terror-Gesetz nicht nur mit den kantonalen Parteipräsidenten, sondern auch mit den Delegierten zu diskutieren, führte mit 177 Ja zu 177 Nein zu einer Patt-Situation. Um allen Delegierten die Möglichkeit zu geben, sich zu diesem Thema zu äussern, wird die FDP eine ausserordentliche DV organisieren.



Bundesrätin Karin Keller-Sutter sprach zu den Delegierten.

(Bilder: Désirée Dittes)

Angesichts der Gesundheitssituation fand die erste Delegiertenversammlung des Jahres wiederum digital statt. Die Delegierten konnten die Debatten zu den traktandierten Vorlagen online verfolgen. Dabei haben sich auch die beiden Bundesräte Karin Keller-Sutter und Ignazio Cassis geäussert. Die Justizministerin betonte die Wichtigkeit, für das E-ID-Gesetz zu stimmen. Bundesrat Cassis informierte über die Verhandlungen mit Europa und über die aktuelle Situation der Corona-Krise. Zudem wurde die Initiative zur Einführung der Individualbesteuerung der FDP Frauen vorgestellt.

### Klare Unterstützung für das Covid-19-Gesetz

Im Frühjahr 2020, während der ersten Welle der Pandemie, erliess der Bundesrat mehrere Verordnungen als Reaktion auf die Gesundheits- und Wirtschaftskrise. Einige von ihnen, die auf der Grundlage der Verfassung und damit in ihrer Gültigkeit auf sechs Monate begrenzt waren, mussten verlängert werden. Mit dem Covid-19-Gesetz soll die gesetzliche Grundlage geschaffen werden, damit der Bundesrat einen Teil der im Frühjahr 2020 getroffenen Massnahmen zur Bekämpfung der Pandemie verlängern kann. Sie regelt auch die Beihilfen an die Branchen und Arbeitnehmer, die von den vom Bundesrat auferlegten Beschränkungen am meisten betroffen sind. Die Delegierten haben mit deutlicher Mehrheit für dieses Gesetz gestimmt (310 Ja / 55 Nein / 13 Enthaltungen), das für das Krisenmanagement unerlässlich ist.

### Delegierten lehnen die Agrarinitiativen ab

Die Trinkwasserinitiative (202 Nein / 165 Ja / 11 Enthaltungen) und die Pestizid-Initiative (318 Nein / 52 Ja / 8 Enthaltungen) wurden beide abgelehnt. Diese beiden Initiativen sprechen wichtige Themen an, da die FDP den Einsatz von neuen Pflanzenschutzmitteln reduzieren möchte. Der Weg zum Ziel soll aber ein anderer sein. Beide Initiativen gehen aus der Sicht der FDP deutlich zu weit: Die Umsetzung dieser Initiativen würde nicht nur die Schweizer Landwirtschaft, sondern auch die nationale Lebensmittelversorgung gefährden. Die Delegierten wollen den bereits eingeschlagenen Weg über die laufenden Anpassungen der bestehenden Gesetzgebung im Parlament beibehalten.

### Ausserordentliche DV für Anti-Terror-Gesetz

Am Freitag hat die Parteipräsidentenkonferenz die Ja-Parole zum neuen Anti-Terror-Gesetz beschlossen. Gemäss Statuten (Art. 16.2, Abs. 1) ist sie berechtigt, im Namen der Partei Stellung zu beziehen. Ein Antrag eines Delegierten, die Vorlage der DV vorzulegen, erzielte keine Mehrheit (177 Ja / 177 Nein / 25 Enthaltungen). Der Parteivorstand hat dennoch beschlossen, eine ausserordentliche DV durchzuführen, um eine breite Debatte zu ermöglichen. Der Termin für die ausserordentliche DV steht noch nicht fest.

**Karin Müller**



Ständerat Damian Müller informierte über das Covid-19-Gesetz.



Nationalrätin Daniela Schneeberger referierte über die beiden Agrarinitiativen.



Nationalrat Philippe Nantermod moderierte die E-DV.



Parteipräsidentin Petra Gössi sprach zu den Delegierten.



Nationalrätin Susanne Vincenz-Stauffacher präsentierte die Initiative zur Einführung der Individualsteuer.



Nationalrat Olivier Feller erklärte das Covid-19-Gesetz.



Für die E-DV war viel Technik nötig.



Nationalrat Jacques Bourgeois (links) und GLP-Nationalrätin Kathrin Bertschy diskutierten über die Agrarinitiativen.



Bundesrat Ignazio Cassis ist bereit für seine Ansprache.



Kaffeepause für Daniela Schneeberger und Damian Müller.



Petra Gössi wünscht sich bald wieder eine physische DV.



# Freiheit liegt nicht im Auge des Betrachters

## Burkainitiative auf dem Prüfstand

Mit der Volksinitiative der SVP zur Einführung eines Verhüllungsverbot es rollt ein weiterer Verfassungsartikel auf uns zu, welcher Einschränkungen der persönlichen Freiheit zum Ziel hat. Einmal mehr finden die Befürworter natürlich auch emotional gefärbte und hehre Ziele als Argumente, die Vorlage anzunehmen. Doch was ist an den Argumenten wirklich dran?

Wollen wir eine sichere Gesellschaft? Ja. Ich denke, dabei sind sich wohl Parteien aller Couleur einig. Wollen wir Gesichtverhüllungen zur Identifikation vor Behörden oder an Demonstrationen untersagen? Klar, wieso nicht. Ist das Verhüllungsverbot aber notwendig, um dies zu erreichen? Ganz sicher nicht. Dies ist bereits heute mehrfach auf Gesetzesstufe normiert und würde durch den indirekten Gegenvorschlag zusätzlich verschärft. Auch wurde in der Schweiz noch nie ein terroristischer Anschlag verübt, bei welchem sich der Täter unter einer Burka versteckt hätte.

### «Klar definierte Ausnahmen»

Nicht vom Verhüllungsverbot betroffen seien beispielsweise Skimasken, Hygienemasken oder Faschnachtslarven. So grosszügig diese Ausnahmen auch tönen mögen, offenbaren sie doch eindeutig

und kaum widersprochen das wahre Ziel der Vorlage: Sie zielt einzig und allein auf das Verbot der Gesichtverschleierung im muslimischen Glauben. Und dabei stehen nicht die sicherheitspolitischen oder gleichstellungsproblematischen Interessen im Vordergrund, nein, die Vorlage will – wie wir dies auch schon von der Minarettinitiative kennen – der muslimischen Bevölkerung klarmachen, dass ihr Glaube in unserer Gesellschaft nichts verloren habe, und versucht, der «Islamisierung Europas» Einhalt zu gebieten. Es darf bezweifelt werden, dass diese Intention mit unseren Vorstellungen von Glaubensfreiheit und Toleranz in einer Gesellschaft vereinbar ist.

### «Freie Menschen zeigen ihr Gesicht»

Vorab nur mal dies: Mit einem Verbot hat noch niemand mehr Freiheit geschaffen. Das Argument,

Das Verhüllungsverbot würde in erster Linie Touristinnen treffen wie hier am Lac Léman bei Vevey.

man wolle die unterdrückte Frau unter einer Burka von dieser Unfreiheit erlösen, ist ebenso falsch wie überheblich. Weder kann ein Aussenstehender wissen, ob eine Person ein Kleidungsstück freiwillig trägt oder nicht, noch steht es einer freien Gesellschaft zu, darüber zu urteilen, ob jemand ein Kleidungsstück tragen darf. Die selbsternannten «Vertreter der Freiheit» wollen mehr Freiheit schaffen, indem sie einer Person verbieten, sich nach ihrem Willen zu kleiden? Ist Freiheit nur, was die Verfassung als Freiheit definiert? Jeder Mensch sollte selber bestimmen dürfen, wie er oder sie sich kleidet. Denn nur dies ist die einzig wahre Freiheit der Selbstbestimmung. Anders als Schönheit, darf Freiheit nicht im Auge des Betrachters liegen.

### «Gleichstellung der Frau»

Mal abgesehen davon, wie anmassend es ist, als Gesellschaft darüber richten zu wollen, ob ein anderer Kulturkreis gute oder schlechte traditionelle Werte pflegt, welche sich in bestimmter Kleidung äussern können, gibt es nichts Kontraproduktiveres, als willkürlich durch Verbote in bestehende traditionelle Werte einzugreifen. Aufgabe der schweizerischen Gesellschaft ist es, die eigenen Werte der Freiheit und Gleichberechtigung der Geschlechter hochzuhalten, die bereits heute illegale Nötigung konsequent strafrechtlich durchzusetzen und Rahmenbedingungen zu schaffen, dass eine Frau nicht unterdrückt wird – und dies mit allen Mitteln des Rechts. Eine Muslima vor die Wahl zwischen familiärer Verstossung bei Nichttragen der Gesichtverschleierung und illegalem Verhalten durch Tragen der Burka in der Öffentlichkeit zu stellen, treibt die Gleichstellung nicht voran, sondern verhindert sie nachhaltig.

Nur wenn wir unsere Freiheiten vorleben, den Menschen nicht vorschreiben, wie sie sich zu kleiden und wie sie ihren Glauben zu leben haben, erreichen wir langfristig eine Gesellschaft, welche nach unseren Werten lebt. Eine Gesellschaft kann keine Toleranz von fremden Kulturen innerhalb der Geschlechter fordern, wenn sie selbst keine Toleranz gegenüber Andersgläubigen walten lässt.

### Philipp Eng

Kantonsratskandidat FDP Solothurn-Lebern  
Präsident Jungfreisinniger Kanton Solothurn

## Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen



NEIN

**Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot»**



JA

**Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste (E-ID)**



JA

**Bundesbeschluss über die Genehmigung des umfassenden Wirtschaftspartnerschafts-abkommens zwischen den EFTA-Staaten und Indonesien**

# AGENDA

**3. Juli 2021**

Delegiertenversammlung, Ort noch offen

**28. August 2021**

Sternwanderung in Thun

**2. Oktober 2021**

Delegiertenversammlung, Ort noch offen

### Jetzt Masken bestellen

Schutzmasken sind momentan unverzichtbare Begleiter. Bei der FDP können zertifizierte Stoffmasken mit der Aufschrift «Freiheit und Verantwortung» in den Grössen M und L bestellt werden. Ebenfalls möglich ist die französische Beschriftung «Libre et Responsable». Eine Maske kostet Fr. 7.– plus Versandkosten und lässt sich unter [www.fdp.ch/shop](http://www.fdp.ch/shop) bestellen oder einfach den QR-Code mit der Handykamera scannen.



50 Jahre Frauenstimmrecht!

**Freisinnige Frauen, die die Geschichte geprägt haben.**

Am 7. Februar 1971 erhielten die Schweizer Frauen nach einem mehr als hundertjährigen Kampf endlich das aktive und passive Wahlrecht auf Bundesebene. Dieses Datum stellt einen grossen Durchbruch in Bezug auf die Gleichberechtigung dar. Viele FDP Frauen haben unsere Partei 50 Jahre lang vertreten und tun es noch immer. Anlässlich dieses Jubiläums hebt die FDP einige der Pionierinnen hervor, die Geschichte geschrieben und die Politik der Schweiz geprägt haben. Die ersten Parlamentarierinnen, die erste Bundesrätin, die erste Präsidentin der FDP Schweiz und viele andere. Politisches Engagement kennt kein Geschlecht und wir freuen uns, dass sich täglich immer mehr Frauen auf allen Ebenen in der Politik engagieren! Scannen Sie den QR-Code mit der Kamera Ihres Smartphones und erfahren Sie mehr über elf bemerkenswerte freisinnige Frauen.



# FDP

Die Liberalen

---

**Eine starke  
Partnerschaft  
für nachhaltigen  
Handel.**

**JA**

**zum Abkommen  
mit Indonesien**

[www.indonesien-ja.ch](http://www.indonesien-ja.ch)